

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich; Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1894 unter Nr. 6212.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehnpäunige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Vereinsmitglieder 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 2. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Quittung.

Im Monat September gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

- Apolda, C. F. W. 5.—, Aue, P. Müller 1,95. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis (Süd-Ost) 500.—, 6. Kreis (Schönhäuser Vorst.) 202.— (darunter vom Gesangverein „Wacht Auf“ 2.—), 6. Kreis (Rosenthaler Vorst.) 150.—, 6. Kreis (Moabit) 100.—, 6. Kreis (Oranienb. Vorst., Wedding u. Gesundbr.) 200.—, Berlin, diverse Beiträge: A. B. 50.—, P. S. 50.—, Sozialdemokratische Vegetarier 26,10, Tonnen-Gesellschaft, Reichenbergerstraße 11/12 1,50, Kellnerarbeiter Schuster u. W. 10,95, Kollersohn 20.—, Hülf Gutmacher Königsstr. 25 12.—, Arbeiter von Schuster u. W. 15,50, Boppard 5.—, Breslau, von den Tischlern der Möbelabrik Kimmel 10,88, Bulach 5.—, Bornen 100.—, Bromberg, rote Lokomotive 14,95, Bamberg, Jäcklein Rohrbach 20.—, Gummersdorf, durch den Vertrauensmann 6,75 (darunter von Hoffmann 1.—, von Stutteheim —80), Götthaus, freie Turner 25.—, Dech a. D., rote Kindtaufe 8,20, Elberfeld 400.—, Gallenberg O. Schl. 8.—, Geestemünde, Gesangverein Allemantia 2.—, Gelsenau, durch F. W. B. gesammelt auf einer roten Kindtaufe 2.—, Hamburg, Gesangverein Frohsinn von 1872 50.—, Hamburg, Ueberich von Franke's Bau 25.—, Hamburg, Programmüberschuss, 3. Wahlkreis, Distrikt Einsbützel, 72,50, Hamburg, Sch. B. durch P. L., 3. Kreis, 68.—, Hannover 1000.—, Hamburg-Barmbeck, Ueberich vom Sommerfest des Sparklub Walfesttag 8,46, Jlimau, Ueberich vom Zigarren-Lousum der Weisgerber 10.—, Karlsruhe, gef. auf dem Walfeste 15.—, Kappel-Ghemnitz, verbliebenes Vereinsvermögen des aufgelösten Gesangverein „Fulgara“ 20,11, Lausitz, verlorene Wette 5.—, L. J. M. 300.—, Manheim 50.—, Mann im Mond 250.—, Neuen-dorf, Nowawes P. S. 1.—, Nordische Wasserlante 20 000.—, Otten-dorf, Otkrilla, 25jähr. Militärvereins-Jubiläum 2,50, Remscheid 100.—, Reichenbach i. Schl., v. Genossen 10.—, Schöneberg, 4 Maurer vom Bau Monumentenstr. 1 3.—, Straßburg i. E. Vorwärts 50.—, Verdau, sozialdemokratischer Abendlich 8.—, Witten, Ueberich der Pressekommision der Rheinisch-Westf.-Arch.-Zig. vom Jahre 1893 30,50, Witten und Umgegend 30.—, Werther 3000.—, Zwickau 100.—

Berlin, den 30. September 1894.

Für den Parteivorstand
H. Gerisch, Rahbachtstraße 9, 1 Treppe.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audois.

Die Erinnerungen sind schon einmal in deutscher Uebersetzung veröffentlicht worden, und zwar 1877 von dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, unserem damaligen Partei-Organ, das ein Jahr später dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Seitdem ist eine lange Zeit verfloßen — eine Zeit der Bewegung und des Ringens, und die „Erinnerungen eines Kommunarden“ sind dabei vergessen worden. Unter den Lesern des „Vorwärts“ werden nur wenige sein, welche die „Erinnerungen“ gelesen haben, noch weniger, die sich derselben erinnern, und so wird dieser Neuabdruck, zu dem uns der Uebersetzer Ermächtigung gegeben hat, für unseren Leserkreis so gut wie ein neues Werk sein.

Und der Gegenstand gehört wahrlich zu denen, die nie alt werden. Die Geschichte der Pariser Kommune, ihrer Kämpfe und ihrer Erstreckung in einem Blutmeer wird bis in die späteste Zukunft das regste Interesse der Menschen erwecken — auch dann noch, wenn der Jwed der Kommune längst erfüllt, das Testament ihrer Märtyrer längst vollstreckt ist. Und nun gar jetzt, wo wir die Kämpfe fortsehen, deren Helden und Opfer die Kommunarden gewesen sind.

Die „Erinnerungen“ geben uns ein lebendiges, lebensfrisches Bild jener großen Zeit, und die Uebersetzung giebt das ganze Leben des Originals wieder.

Im übrigen möge das Werk selbst sich empfehlen!

Einleitung.

Einer der malerischsten Punkte Genes ist ohne Widerrede die Hochebene Saint-Jean. Von der Terrasse eines Biergartens, welche die Stadt beherrscht, umfaßt das Auge des Reisenden mit einem Blick die Rhone, den See und die wilden Gipfel der Berge von Savoyen. Weiterhin erhebt der Montblanc sein weißes Haupt. Verfunken im Anschauen dieser großartigen Landschaft, ruht der Blick des Philosophen aus von dem widerlichen Schauspiel menschlicher Schändlichkeit. In heiliger Berührung mit dieser herrlichen Natur wird das Herz wieder rein und jung. Wie viele Denker haben schon neue Hoffnung gesucht auf der Hochebene Saint-Jean!

Zur Polenfrage.

Wie sehr ist der bürgerliche Liberalismus heruntergekommen! In dem Drang, sich gut zu stehen mit der bürokratischen Obrigkeit und Theil zu haben an den Futterkrippen, die den herrschenden Klassen reservirt sind, verleugnet er alle idealen Bestrebungen seiner Jugendzeit. Nicht nur, daß er auf sozialem Gebiete sich reaktionär gebildet und der Arbeiterschaft gegenübertritt — auch in rein politischen Fragen unterscheidet ihn sein Gebahren kaum noch von den konservativen Parteien. Das zeigt sich jetzt so recht wieder bei der Polenfrage, die von allen unseren modernen Musterpatrioten betrieben wird, seitdem einige Nebenwendungen der kaiserlichen Ansprachen in Marienburg und Thorn die Vermuthung zu rechtfertigen schienen, daß der neue Kurs in die ausgefahrenen Geleise der bismärkischen Polenbelämpfung einlenken werde.

Dem Alten von Varzin war das willkommenes Wasser auf seine Nebemühle. Er hat in inniger Freude, so gelehrige Schüler in der Staatskunst zu finden, zum foundsovielsten Male seine Tiefenbacher Weisheit zum Besten gegeben, daß die Polen weit grimmere Feinde des Deutschen Reiches seien, als das zarische Rußland, und daß deshalb ihre gewaltsame Germanisirung durch sprachliche Unterrichtsverhinderung oder ihre Verdrängung durch Kolonisation das einzige Heilmittel gegen die dräuende Polengefahr sei. Eine politische Weisheit, beiläufig, die ihrem Urheber weit mehr noch als sein Verhalten auf der Berliner Konferenz die russische ministerielle Anerkennung, daß er russischer sei als die Russen, eintragen müßte.

Jene beiden Fanfaren, die Thorer und die Varziner, haben auf der ganzen Linie das Gebläse der patriotischen Hehrbrüder geredet. Selbst in freisinnigen Blättern stoßen wir auf die Betheruerung, daß es keinem deutschen Dichter mehr einfallen könne, Polenlieder zu dichten, keiner deutschen Partei, sich für die Wiederherstellung eines selbstständigen polnischen Staates zu erwärmen und die

Germanisirung der in Preussen ansässigen Polen ein erstrebenswerthes Ziel der deutschen Politik sein müsse.

In dieser wie in allen anderen Betrachtungen über polnische Angelegenheiten, die den deutschen Patriotenergen entquellen, tritt die hoffnungslose Verwirrung zweier gesonderter Fragen zu Tage, der völkerrechtlichen, ob die Wiederherstellung eines polnischen Staates wünschenswerth ist, und der eigentlich nationalen, ob die Polen innerhalb der deutschen Grenzen das Recht haben sollen, ihre eigene Sprache zu bewahren und ihre Nationalität frei auszuüben.

Aus den Reden polnischer Politiker in Lemberg geht hervor, was übrigens kaum jemals bezweifelt werden konnte, daß sie sich mit dem Gedanken der Wiederherstellung eines polnischen Staates tragen. Das kann man an sich den Polen ebenso wenig verargen, wie man es den Deutschen und Italienern verdacht hat, daß sie ein selbständiges Staatswesen erstrebten. Ob ihnen ihr Streben gelingen wird, das ist eine andere Frage. Aber von Deutschland und Italien ganz zu schweigen, lehrt doch das Schicksal Griechenlands, Serbiens, Bulgariens, daß eine Nation nicht an der Herstellung ihrer staatlichen Selbstständigkeit zu verzweifeln braucht, selbst wenn sie Jahrhunderte der würdelosesten Knechtung durch eine barbarische Tyrannei hat über sich ergehen lassen müssen. Obendrein waren die Polen niemals so tief gesunken wie jene Völker. Sie haben niemals das Nationalbewußtsein eingebüßt; es hat sich vielmehr nur gekräftigt unter dem gefäßigen und brutalen Druck des russischen Despotismus. Dann aber bildet der größte Theil des Volkes eine kompakte Masse auf einem zusammenhängenden ausgedehnten Gebiet, nur schwach untermischt mit Sprengstücken anderer Volksstämme. Den Polen die „staatsbildende Kraft“ abzuspochen, ist phrasenhafter Unsinn, den man auch gegen die Deutschen und Italiener oder gar die Bulgaren geltend gemacht hat zur Zeit ihrer Herrschaft und Knechtschaft. Es kommt nur auf eine Konstellation günstiger Umstände an, um die Wiederherstellung eines polnischen Staates zu einer größeren Möglichkeit zu machen.

Es war im Oktober 1871, als ein Mann und eine Frau, beide im jugendlichen Alter, gelehnt auf das Holzgeländer der Terrasse, nahe aneinander geschmiegt hinausschauten in das Thal und mit neugierigen Blicken den Lauf der Rhone verfolgten, welche gerade hier mit Ungestim aus dem eisigen Bette des Leman-Sees hervorstürzt.

Der Mann vereinigte in seinem Aeußeren alle Vorzüge der französischen Race, welche eine Vereinigung der verschiedenen Verzweigungen der europäischen Völkerrasse ist. Er hatte in der That etwas vom Römer und vom Germanen. Sein Haar war nicht schwarz, nicht blond, sondern von jenem schönen, so seltenen Kastanienbraun. Seine blauen, von fast schwarzen Wimpern und Brauen beschatteten Augen waren dunkler als die des Nordländers. Der etwas hellere, volle Bart, welcher das jugendlich schöne Gesicht umrahmte, vollendete mit dem langgetragenen Haar des auf schlankem Körper etwas müde getragenen Hauptes das Bild eines schönen Mannes, wie die italienischen Maler sich den Nazarener der biblischen Legende gedacht haben mochten.

Die Gesichtsfarbe seiner Begleiterin war von jener Blässe, welche die Araber die Grundbedingung der Schönheit überhaupt nennen, und der die auffallend großen schwarzen Augen, das reiche, blauschwarze Haar und ein ziemlich kleiner Mund mit etwas vollen Lippen, welche die Perlzähne durchschimmern ließen, vollkommen entsprachen.

„O! Jacques, wie schön ist dieses Land!“ brach plötzlich wie begeistert die junge Frau das Schweigen. „Hier kann ich doch auf einen Augenblick die schrecklichen Szenen vergessen, welche wir durchlebt haben.“

„Arme Sylvia,“ erwiderte der junge Mann, „bemühe Dich zu vergessen, für immer zu vergessen und überlasse mir allein die Last der Erinnerung.“

Die Erinnerung dieser schrecklichen Dinge kann nur eine Auffrischung des Hasses sein. Auch für Dich, Jacques, wäre es besser zu vergessen.“ Und seufzend setzte sie hinzu: „Böses Vaterland!“

„Ja wohl, böses Vaterland!“ versetzte Jacques, „wir können die Worte Dante's auf dich anwenden: „Wenn du wüßtest, welche Schätze von Liebe die Herzen bergen, welche du gebrochen!“ Man stellt uns dar als Menschen erfüllt von

Hass und Reid, uns, die Apostel des Friedens und der Gerechtigkeit! Aber das Volk wird seinen Irrthum erkennen, meine Sylvia, ich glaube an die Zukunft.“

Die beiden jungen Leute schwiegen. Das kurze Zwiegespräch hatte über das schöne Antlitz Sylvia's wieder den Ausdruck von Traurigkeit verbreitet, welcher einen Augenblick durch den Anblick des prächtvollen Landschaftsbildes, welches sich vor ihnen ausbreitete, gewichen war.

Jacques, augenscheinlich bewegt durch die angeregten Gedanken, wollte im Gespräch fortfahren, als fühlte er dadurch eine Erleichterung dessen, was ihn drückte; doch auch er schwieg, um seine junge Begleiterin nicht in ihrer stummen Betrachtung zu stören und aufs Neue die Gedanken einer traurigen Vergangenheit heraus zu beschwören.

Das Schweigen wurde durch die Ankunft einer dritten Person unterbrochen, welche sich an einen benachbarten Tisch niederließ. In dem Wesen des neuen Ankommlings drückte sich Melancholie und Resignation aus. Sein kurz geschorenes Haar, sein langer, spitzer Bart, sowie eine Aderlase erinnerten an die Köpfe der Savagner aus alten Gemälden. Der Aufwärter brachte ihm ein Glas Absinth und stellte die Wassertrasse neben ihn hin; alsbald begann der Fremde mit Beobachtung einer gewissen Sorgfalt sein Getränk mit dem eiskalten Wasser zu mischen.

In diesem Augenblicke wendete der an die Balustrade gelehnte junge Mann den Kopf zurück und stieß beim Anblick des Neuankommenden einen Ausruf der Ueberschakung aus.

„... wie, Sie hier?“

Der Unbekannte, welcher mit ungewissen Blicken die Rauchwölken seiner kurzen Tabakpfeife verfolgte, wandte jetzt den Kopf dem jungen Paare zu und auf seinem Gesicht zeichnete sich ein schwer zu beschreibender Ausdruck des Erstaunens. „Jacques Menlan! Sie, Sie! Aber — man hat Sie also nicht erschossen?“

„Wie Sie sehen!“

„Meiner Treu,“ sprach der Aeltere, der sich erhoben hatte, jenem die Hand reichend, „mein Lieber, ich glaube Sie wirklich todt. Alle Blätter berichteten, wie Sie im Luxemburg standrechtlich erschossen wurden, und daß Sie überdies heldenmüthig in den Tod gingen, unsern Feinden zeigend, wie wirkliche Männer zu sterben wissen.“

„In der That,“ erwiderte Jacques, „ich wurde säkirt

Vorkünftig tritt eine solche Möglichkeit allerdings noch nicht in das Gebiet der praktischen Politik. Die Polen erwarten eine Krise, die, durch innere Erschütterungen oder durch einen auswärtigen Krieg herbeigeführt, das Gefüge des zarischen Despotismus von Grund auf erschüttern würde. Nur gegen den zarischen Despotismus läßt sich ein polnischer Staat herstellen, und dieser herrschaftliche Despotismus kann selbst diese Gelegenheit herbeiführen, wenn er seine Untertanen zu einem verzweifelnden Aufstande treibt, oder raublustig über die Nachbarmächte herfällt. Deshalb sind aber auch die Polen die geborenen oder „natürlichen“ Bundesgenossen Deutschlands und Oesterreichs. Beiden Mächten kann es nie einfallen, einen Eroberungskrieg mit all seinem Unglück gegen Rußland zu beginnen. Wenn aber Rußland seinerseits sie mit Krieg überzieht, dann werden die Polen Rußlands sich gegen die Zarenmacht ungerufen erheben. Sie werden aber sicher nicht kämpfen für die Hohenzollern und Habsburger, sondern für ihre Freiheit und Selbständigkeit. Nach der Niederwerfung der Zarenmacht würde die Errichtung eines polnischen Staates eine unvermeidliche Nothwendigkeit. Fraglich bliebe nur, innerhalb welcher Grenzen das geschehen kann. Nun kann kein verständiger Pole denken, ein polnischer Staat lasse sich innerhalb der Grenzen des alten polnischen Reiches herstellen. Ein Staat in solchem Umfange würde nur etwa ein Drittel polnisch sprechender Bewohner enthalten. Wie auch die Grenzen gezogen werden mögen — die Bewohner dieses Gebietes müssen ihrer überwiegenden Mehrzahl nach der polnischen Sprachgemeinschaft angehören. Deren Zahl beträgt aber, alles in allem gerechnet, höchstens 11 bis 12 Millionen. Auf eine größere Bevölkerungszahl würde der polnische Staat auch nicht rechnen können, da die eingeschleppten Angehörigen anderer Nationalität mehr als ausgeglichen würden durch diejenigen Polen, die wegen der Zueinanderziehung der Sprachgrenzen und infolge der sozialen Wanderungen unvermeidlich bei den Nachbarstaaten, besonders bei Preußen verbleiben müßten. Ein auf Grund des Nationalitätsprinzips neuerichteter polnischer Staat könnte nicht mehr die Herrschaft über weite Gebiete fremder Nationalität ausüben.

Ein solcher zwischen Rußland und Deutschland gelegener polnischer Staat von ungefähr 10 Millionen Einwohnern, der gegen Rußland ins Leben gerufen würde, wäre aber immer auf die Bundesgenossenschaft Deutschlands angewiesen und könnte nie eine aggressive Politik gegen seine Schutzmacht verfolgen. Deshalb könnte Deutschland nur gewinnen, nicht verlieren durch die Herstellung eines polnischen Staates. Es beweist eine politische Kurzsichtigkeit sondergleichen, wenn unsere Chauvinisten ein selbständiges Polen als eine Gefahr für Deutschland hinstellen. Nicht nur aus allgemeinen Humanitätsrücksichten, sondern aus Selbstinteresse müßten die Deutschen aller Parteien den Freiheitsbestrebungen der Polen sympathisch gegenüberstehen.

Es zeigt sich aber auch hier wieder, daß es allein die Sozialdemokratie ist, die für das Gesamtinteresse des Volkes Verständnis hat. Wie die Internationale ihre erste Lebensäußerung zu Gunsten der polnischen Freiheitskämpfer gethan, tritt heute die deutsche Sozialdemokratie entgegen den übrigen Parteien für das volle Recht der Polen ein, innerhalb der deutschen Grenzen ihre Sprache ungehindert zu pflegen, und volle Sympathie widmet sie den Freiheitsbestrebungen der unter dem Druck des Zarenregiments schmachtenden Polen, in der festen Ueberzeugung, daß ein aus diesen Bestrebungen hervorgegangener polnischer Staat niemals ein Hort der feudalen, bürokratischen oder kapitalistischen Ausbeuterreaktion werden könnte.

II. Parteitag der Sozialdemokraten Bayerns.

München, 30. September.
Im hübsch decorirten Saale der Alhambra beginnt heute der zweite bayerische sozialdemokratische Parteitag. Vertreten sind ca. 60 Städte mit über 100 Delegirten. (Bei dem ersten Parteitage waren 47 Städte mit 67 Delegirten vertreten.) Außerdem sind anwesend die Reichstags- bzw. Landtags-Abgeordneten Birk, Grillenberger, Vollmar, Ehrhart, Löwenstein, Scherm. Namens der Lokalkommission begrüßt Genosse G. S. L. München die Delegirten. Der Mitberufener Scherm eröffnet dann unter Betonung der wichtigen Aufgaben des Parteitages die Sitzungen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, erklärt Vorsitzender Scherm, daß der Parteitag gemäß Bescheid des Parteivorstandes in Berlin

und nur gerechtfertigt durch das, was die Unwissenden ein Wunder nennen. Meine Abenteuer sind nicht ohne Interesse; ich habe sie niedergeschrieben, um sie zu geeigneter Zeit zu veröffentlichen.“

Die beiden Freunde, welche sich seit den schrecklichen Tagen des Maimonates 1871 nicht gesehen hatten, setzten die Unterhaltung fort. A., durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Recht auf Seiten des Volkes von Paris war, hatte vorgezogen, die Niederlage desselben zu theilen, anstatt wie so viele Renegaten dem Siege der brutalen Gewalt zuzujubeln. Zwischen den beiden Männern, welche sich so unerwartet wiedergefunden, gab es viele Punkte geistiger Berührung und Uebereinstimmung: Dieselbe Liebe zur Freiheit und Gerechtigkeit, dieselbe unheimliche Hingabe an die Sache der leidenden Menschheit. Ihr Gespräch jedoch bewegte sich in zu traurigen Erinnerungen und wie natürlich forschte man gegenseitig nach dem Schicksale früherer Freunde.

„Was ist aus Barbier geworden?“
„Todt.“
„Und Andebert?“
„Gleichfalls. Vacquand ist im Gefängniß. Joos auf den Pontons, seine Frau, welche ohne jede Hilfsquelle geblieben, hat sich aus Verzweiflung, nachdem sie zwei Tage nicht gegessen, mit ihrem Kinde ertränkt. Zwischen der Schande und dem Tode wählte die arme Mutter den letzteren.“

Diese schrecklichen Nachrichten schienen auf den jungen Mann einen tiefen Eindruck zu machen. Stillschweigend öffnete er seine Reisetasche, welche ihm an einem Riemen über die Schulter hing, und nahm eine Rolle Papier daraus hervor.

„Hier,“ sprach er, „nehmen Sie dieses in Verwahrung. Es ist eine Art Tagebuch, in welches ich flüchtig Alles eingeschrieben und Manches aus früherer Erinnerung ergänzt habe. Ich reise diesen Abend noch mit meiner Frau nach Jamaika, Ihnen vertraue ich diese Aufzeichnungen an. Ich

den Streikfall der Augsburger Genossen zu erledigen hat; hierzu liegt der Antrag vor, eine fünfgliedrige Kommission zur Untersuchung und Schlichtung einzusetzen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Zur Tagesordnung erhebt ad Punkt 1: Parlamentarischer Bericht der Landtags-Abgeordnete Genosse Grillenberger das Wort. Er giebt einen Rückblick auf die unter schwierigen Verhältnissen unternommene Agitation zur Landtagswahl, als deren Resultat fünf errungene Landtagsmandate zu verzeichnen waren und referirt an der Hand einer den Delegirten vorliegenden gedruckten Chronik eingehend über die, gemäß dem in Regensburg beschlossenen Landtags-Wahlprogramm, im Landtag geübte Thätigkeit. Redner schließt mit der Versicherung, daß die Fraktion keinen Schritt breit nachgeben wird, daß sie alles daran setzt, alles bisher von einer verpönten Gegnerschaft Abgelebte durchzudrücken; daß sie von der Ansicht ausgeht, auch der kleinste Erfolg schädige den Gegner. Daß diese Thätigkeit in prinzipieller und agitatorischer Beziehung sich der Eigenart des Landes anzuschmiegen hat, soll sie erfolgreich sein, ist selbstverständlich, und wenn diesbezüglich auch in Parteikreisen mitunter die Meinung aufkam, die bayerische Sozialdemokratie verfolge „Sonderbestrebungen“, so beweist das, daß die betreffenden Genossen nicht genügend über die zum Theil rückständigen Verhältnisse des bayerischen Landes mit seiner überwiegend agrarischen Struktur informiert sind. Die Diskussion wird hoffentlich klärend und fördernd wirken und der Parteitag hat sich darüber auszusprechen, ob die Thätigkeit der Landtagsgruppe im Interesse des Volkes und der gesamten Partei ausgeübt war. (Beifall.) — Zu demselben Punkte spricht Vollmar: Es ist nothwendig, daß die Sozialdemokratie immer größere Massen von der Nothwendigkeit einer Umformung der Gesellschaft überzeuge, sie muß daher die Lebensbedingungen und Verhältnisse der verschiedenen Volksschichten zu erforschen versuchen zum Zweck der Demokratisierung und Sozialisierung, zur Ueberzeugung der noch indifferenten Massen, daß die Ziele der Sozialdemokratie die Ziele des eigentlichen Volkes sind. Das war schon im kommunistischen Manifest ausgesprochen, auf der Basis hat die Thätigkeit der Reichstagsfraktion die Gegner darüber belehrt, daß bei aller Prinzipientreue die Sozialdemokratie praktisch wirkend und realpolitisch vorgehen kann und vorgegangen ist. In verstärktem Maße muß diese Art der Taktik in dem Sonderparlament eines Landes wie Bayern zur Anwendung kommen, das erst im Begriffe ist, aus einem fast rein agrarischen in einen Industriestaat sich zu entwickeln, bei dem insbesondere in Altbayern die Massenengstände noch wenig ausgeprägt sind, bei dessen Bevölkerung weniger Verständnis für theoretisches Gerede als für die Sprache der Thatfachen vorhanden ist. Damit haben, abgesehen von ihrem Klassenstandpunkte, die alten Parteien nicht zu rechnen verstanden, die Liberalen existiren zwar nur mehr dem Namen nach, die Ultramontanen, die während ihrer demokratischen (Oppositions-) Periode über ein gewisses Maß von Popularität verfügten, haben dann ihres festen Versprechens und niemals Erfüllens diese Popularität fast ganz eingebüßt. Das Produkt der Zerfetzung ist der Bauernbund, der selbst weiter noch nicht als ein Sährungsprodukt ist, aber den Beginn des selbständigen Denkens unter den Bauern anzeigt und daher von uns insofern zu begreifen, als jedes selbständige Denken schließlich zu uns führt. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie das Erbe der zerstückelten Parteien antreten wird, um das möglichst zu beschleunigen, ist es daher nöthig, möglichst großen und wachsenden Kreisen des bayerischen Volkes die Interessengemeinschaft aller Bedrückten und Bedrängten mit der Sozialdemokratie zu demonstrieren, zu zeigen, daß die Sozialdemokratie die Vorkämpferin aller Unbedrückten ist. Danach war also die Taktik hier von jeher einzurichten, und jeder, der auf bayerischem Boden im Partei-Interesse zu arbeiten hätte, müßte, wenn er die Verhältnisse kennt, diesen Weg einschlagen. Eine bisher hier mit Erfolg geübte Taktik, die außerdem durch die Dummheit der Gegner gründlich unterstützt wurde. Die Gegner, die auf ein schablonenhaftes Vorgehen der Landtagsfraktion gerechnet hatten, waren denn auch enttäuscht, als ihnen die zum Budget erfolgte Abstimmung die Gelegenheit genommen war, die Sozialdemokraten des Landtages dem Lande als Schwächer und Maulbeiden hinzustellen. Eine Ablehnung des Budgets würde das Volk nicht verstanden haben, da die bayerische Bevölkerung nicht weniger begreift, als eine Opposition um jeden Preis. Die gefehlene Stellungnahme war also, da der Militäretat außerhalb des bayerischen Budgets von Reichswegen festgestellt wird, von vornherein gegeben. Damit ist natürlich die Stellungnahme nicht für alle Zukunft festgelegt, es kann eine Periode des derart verschärften Kampfes kommen mit der Regierung, daß alle anderen Interessen bei Seite treten.

Es ist aber bedenklich, solche Mittel zu oft anzuwenden, da wir sonst unser Alphabet zu rasch aufgebraucht haben. Auf die Kritik außerhalb Bayerns bezüglich der Abstimmungen zum Budget übergehend, glaubt Redner, daß diese Kritik theils auf mangelhafter Information über die einschlägigen Verhältnisse, theils auf mißverständlicher Prinzipienreiterei basirt. Der Parteitag hat darüber sich zu äußern, ob die Fraktion im Landtage die Interessen der Partei mit Erfolg und Würde vertreten hat. Die von allen Seiten angeführten politischen Gewitterstürme, die politischen Rabalen der Ordnungsparteien und ihre Reaktionsgelüste sprechen die Sozialdemokratie nicht. Sie hat nichts und niemanden zu fürchten und wenn ihr jemand un-

beabsichtigte zuerst, diese meine Lebenserinnerungen in der Zurückgezogenheit und Verborgenheit, in welcher ich hinfort zu leben gedanke, selber zu korrigiren — aber der Weg ist lang, es könnte uns etwas zustossen und besser ich lasse sie mit den übrigen düstern Gedanken hier. Ja, ich ziehe vor, die Papiere Ihnen anzuvertrauen, mit der Bitte, sie durchzusehen.“

„Rechnen Sie ganz auf mich,“ erwiderte A., seinem Freunde die Hand drückend.

„Unter allen Umständen jedoch bitte ich Sie,“ fügte Jacques hinzu, mit der Veröffentlichung nicht zu beginnen, bevor Sie von mir Nachricht erhalten haben. Heute noch hätte man wahrlich zu viel zu thun, um die Berge von Verleumdung, welche die Feigheit und die schamloseste Selbstsucht auf uns gehäuft hat, aufzudecken. In einigen Jahren jedoch, wenn die öffentliche Meinung sich geklärt und die über uns ausgesprochenen Schändlichkeiten nach Gebühr gewürdigt hat, dann werde ich kommen mit meinem Buche in der Hand, daß es Licht werde in dieser Pfüge und ich werde mit mehr Recht als Rousseau sprechen können: Ich war besser als dieser Mann!“

Denselben Abend nahmen Jacques und Sylvia Abschied von dem Verbannten und verließen Genf. Einige Tage später schifften sie sich in Antwerpen nach Westindien ein. A., welcher, ausgenommen einen Brief, der ihm ihre glückliche Ankunft jenseits des Ozeans angezeigt, weiter keine Nachrichten von ihnen erhalten hatte, empfing vor einigen Tagen plötzlich folgendes Schreiben:
„Der Augenblick ist gekommen, lieber Freund, die Geschichte eines Mannes zu veröffentlichen, dessen Ideen vielleicht um einige Jahre denen der Mehrheit seines Volkes voraus waren. Man wird ihm jedoch um so weniger daraus ein Verbrechen machen können, da er nur bemüht war, die Quelle der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu suchen und nie an seinem Lande und der Menschheit verzweifelte. Die Ihrige, Jacques Meylan.“
(Fortsetzung folgt.)

angenehm kommen will, so ist sie in der Lage, ihm noch viel unangenehmer beizugehen zu können. Die Entwicklung führt ihr trotz alledem die Volksmilitionen zu. Man wird uns, die wir auf dem Boden der ökonomischen Thatfachen stehen, gewappnet finden, und so wird mit fatalistischer und nothwendiger Gewisheit der Tag kommen, an dem nichts mehr als Widerstand leisten kann. (Beifall.) Maurer-München: Durch die Referate war über Manches aufgeklärt, müßte er sich doch gegen die Abstimmung zum Budget äußern, die er mit den Prinzipien des Programms nicht im Einklang finde, insbesondere seien durch die Annahme des Budgets die Ausgaben für Kirchenangelegenheiten gebilligt, während das Programm doch Trennung von Staat und Kirche verlange. R u h ä u s e r-München billigt das Verhalten der Fraktion, das unter den Landesverhältnissen das einzig richtige, er sage mit Plechanom: nicht jene Mittel sind revolutionär, die so aussehen, sondern jene, die revolutionär wirken. — Inzwischen ist eine von Segitz-Nürnberg gezeichnete Resolution eingelaufen: Der Parteitag erklärt sein vollstes Einverständnis mit der Art, wie die Landtagsfraktion die Thätigkeit der Sozialdemokratie in der bayerischen Landtagsvertretung eröffnet hat und spricht sich dahin aus, daß die Abgeordneten, dem Regensburg-Wahlprogramm entsprechend, jeder Zeit und bei allen Gelegenheiten energisch für die Interessen des Volkes eingetreten sind und angestrebt haben, was unter den heutigen Verhältnissen zu ermöglichen war. Der Parteitag befindet sich in vollem Einklang mit seinen Abgeordneten und ist der Ueberzeugung, daß dieselben auch in Zukunft — aller Anfeindungen ungeachtet — in der gleichen Weise für die Volksinteressen eintreten werden, wie bisher.

Sturm-München glaubt, man hätte bei der Budgetabstimmung am besten Stimmenthaltung geübt. Grillenberger: Die betr. Abstimmung war das Resultat reiflicher Erwägung und nicht etwa das einer „Vollmar'schen Schiebung“, wie gewisse Leute in Norddeutschland anzunehmen scheinen, die Vollmar gern etwas an Feuge fäden wollen. In Baden geschieht dasselbe seit mehreren Jahren; in Hessen giebt es keine Schlussabstimmung, den Gegnern wäre nichts willkommener gewesen als die Ablehnung des Budgets. Die außerhalb Bayerns laut gewordenen Kritiken beruhen auf schlechter Information, manche norddeutsche Parteigenossen wissen nicht einmal das Elementarste von den bayerischen Verhältnissen, und der Genosse in Halle, der die Abstimmung von prinzipieller Seite belächelt, hat in anderer Beziehung selbst aus landagitorischen Rücksichten eine Verwässerung des Programms beantragt. Wir müssen die Tragweite unserer Handlungen am besten selbst beurtheilen können, und haben den Sachen auch nichts drein geredet, als sie seinerzeit unter Führung Bebel's für die Kolonie Schnecken-grün gestimmt haben. Die bemängelte Abstimmung war agitatorisch von höchster Wichtigkeit und die Würde der Thatfachen wird dafür sprechen. Nachdem Spitzla-Stuttgart die Größe und Glückwünsche der württembergischen Genossen überbracht hatte, geht die Diskussion über die betr. Abstimmung weiter. R ö r n e r-Ludwigslofen glaubt auch, daß die Ablehnung des Budgets hätte erfolgen sollen. O r t e l-München und eine Reihe um Wort kommender Redner sind gegenwärtiger Ansicht. Nach einer Replik M a u r e r's und dem Schlussworte Grillenberger's erfolgte unter langanhaltendem Beifall die einstimmige Annahme der Resolution. — Heute Abend findet ein großes Arbeiterfest in der Alhambra statt. Ein zum Fest von G. F l ä g g e n gedichtetes Festspiel, betitelt „Am Parteitag“, völlig harmloser Natur, wurde polizeilich verboten.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 1. Oktober.

Die Verhaftung von nahezu zweihundert Zöglingen der Oberfeuerwerker-Schule in Berlin — alles gebiente und durch Tüchtigkeit ausgezeichnete Unteroffiziere — wird in ganz Deutschland und im ganzen Ausland das größte Aufsehen erregen und zu den ausschweifendsten Vermuthungen und Schläffen Anlaß geben. Das Nähere über die Vorkommnisse finden die Leser in dem lokalen Theile.

All unsere Information geht dahin — und die Mehrzahl der Zeitungen, sowie die amtliche Wolffsche Depesche, drücken die nämliche Ueberzeugung aus — daß die Vorkommnisse einen politischen Charakter irgend welcher Art nicht gehabt haben. Die Untersuchung wird vielleicht herausstellen, wo das Verschulden liegt. Mehrere Blätter erinnern an einen ähnlichen Fall, den „Graudenzler Fall“, wo durch das Handeln eines Offiziers, bei dem man später Geisteskrankheit feststellte, eine Kompagnie Soldaten zur Rebellion getrieben wurde.

Wenn durch diese Vorkommnisse der Glaube an die Unererschütterlichkeit der militärischen Disziplin in Preußen erschüttert werden sollte, so wird das wesentlich auf die sensationellen Umstände der Verhaftung und Abführung von nahezu 200 Elitesoldaten zurückzuführen sein. —

Der Friedrichruher Reptilienfonds — zu dem der „Chef“ natürlich keinen Pfennig beigetragen hat, was auch nicht nöthig, da die, welche auf seine Rückkehr und die Wiedereröffnung der Milliardenjagd in die Taschen des arbeitenden Volkes spekuliren, sehr zahlungsfähige Leute sind — hat jetzt seine Schleißen geöffnet und beriefelt Hunderte von Zeitungen, darunter die gesammte nationalliberale Presse. Gilt es doch den großen, entscheidenden, letzten Coup. Durch die Thorner Rede, hofft der Kaiser sich dem einst „Berschmettertten“ in die Hand gegeben und sie schmieden nun im Schweiß ihres Angesichts mit verzehrendem Eifer das Eisen, von dem sie glauben, daß es heiß sei. Wie plump das Spiel betrieben wird, das haben wir zur Kurzweil unserer Leser schon früher dargelegt. Und die Plumpheit wächst mit der Eier. Der Wolf in der Thierfabel verdirbt sich bekanntlich stets das Spiel durch seine unerfährliche, unbeherrschbare Eier — man lese nur den ewig wahren Reinecke Fuchs. Doch das nur nebenbei.

Heute wird von den Handlangern des Friedrichruher Reptilienfonds nachstehender Waschzettel verbreitet, der zwar auch das Gepräge der unvermeidlichen Tölpelhaftigkeit trägt, aber für uns ein gewisses Interesse hat, weil er sich gegen den „Vorwärts“ richtet. Der Waschzettel lautet:

Berlin, 29. September. Das „Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie“ will erfahren haben, daß im preussischen Ministerium des Innern ein „Anarchistengesetz“ ausgearbeitet werde. Es ist ja bekannt, daß dem „Vorwärts“ nicht selten über Dinge und Personen private und amtliche Mittheilungen „zugeflogen“ kommen, über deren „Flug“ alle Ermittlungen keinen Aufschluß geben, die aber doch nicht in Abrede gestellt werden können. Aber mit der Nachricht über das im Ministerium des Innern ausgearbeitete „Anarchistengesetz“ ist diesmal dem „Vorwärts“ lediglich eine Geste zugeflogen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist jene Meldung ganz unbegründet. Auch ein „Führer“ der Sozialdemokraten, der frühere Abgeordnete Sabor aus Frankfurt a. M., war es, der sich das geflügelte Wort leistete: „Es geht etwas vor, man weiß nur nicht — was.“ Ganz so kann sich jetzt der „Vorwärts“ trösten. Zur rechten Zeit werden es die Herren Sozialdemokraten schon erfahren und trotz aller Großsprechererei vielleicht wenig erbaut davon sein, daß man sich

endlich auch in Regierungskreisen wieder entsteht, daß gegenüber den Umsturzparteien der Staat sich in einem dauernden Kriege befindet — und daß im Kriege nur das Kriegrecht gilt.

Rum — Kriegrecht ist Kriegrecht. Und à la guerre comme à la guerre — im Krieg da heißt eben: „Schießt ihr her, schießt wir hin“. Und unsere Kugeln werden nicht ins Blaue verschossen. Das unglückliche Individuum, das die Notiz verübt, bitten wir, den letzten Satz einmal durchzulesen — es kommt dann vielleicht zur Erkenntnis seiner — Ungeschicklichkeit. Und nun zur „Ente“. Nein, liebes Reptil, eine Ente war es nicht, was uns zugeflogen ist, sondern die reine und volle Wahrheit, was heute auch der Letzte wohl klar geworden sein dürfte, die höchst überflüssiger Weise sich an den Ausdruck „Anarchistengesetz“ in unserer Mittheilung geklammert hat. Der von uns genannte Schutzhengel des ertrunkenen Prinzen von Hessen ist in der Ausarbeitung der Gesetzesvorläufe beauftragt, die wir kurz mit dem Wort „Anarchistengesetz“ zusammengefaßt haben. Vom Reichstag ist beiläufig in unserer Notiz gar nicht die Rede.

Nein, es ist keine „Ente“, die uns zugeflogen ist, sondern ein rechtschaffener Storch, der freilich ein todtes Kindlein gebracht haben könnte. Daß wir über gewisse Dinge recht gut unterrichtet sind, wird der Verfasser des Wochzettels wohl anerkennen, wenn wir ihm sagen, daß verschiedene seiner Kollegen aus zwei verschiedenen Kruppen freffen, in zwei verschiedenen „Kurven“ herumplätschern und gleichzeitig zwei Herren dienen. Und — wer weiß — der Eine oder Andere gar dreien. Mit diesen Prostituirten der Feder geht es ja wie mit den übrigen Prostituirten: wenn sie einmal Einer hat, dann hat sie bald die ganze Stadt.“ Und wie sagte doch der alte Ernst August von gewissen Leuten? „Das Pack kann Jeder für Geld haben!“

Ueber eine einseitige Strafvollstreckung im Deutschen Reiche, und zwar auf dem Wege einer Verordnung finden dem Vernehmen nach zwischen dem Reichsjustizamt und den preussischen Ministerien der Justiz und des Innern gegenwärtig Verhandlungen statt. Hoffentlich wird der Reichstag sich daran erinnern, daß es sich hier um eine Ausgabe handelt, die der parlamentarischen Behandlung werth ist. Der Strafvollzug, der zwischen politischen „Verbrechern“ und Leuten, die Unzucht getrieben haben, nicht den mindesten Unterschied macht, ist ein Zustand, der Deutschland sicher nicht zur Ehre gereicht. Wir zweifeln, daß an diesen Zuständen auf dem Verordnungswege auch nur das mindeste gebessert werden dürfte.

Zur Handwerks-Gesetzgebung wird jetzt durch die „Berl. Pol. Nachr.“ anscheinend offiziös mitgetheilt, daß der ursprüngliche Entwurf des Herrn v. Berlepsch, soweit er die Handwerkerkammern betrifft, umgearbeitet werden mußte. Diese Arbeiten sind nach der gleichen Quelle inzwischen mit vollem Eifer gefördert und soweit zum Abschluß gebracht worden, daß, sofern nicht in den weiteren Stadien Hindernisse erwachsen, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, den Reichstag schon in der nächsten Session mit der Materie zu besetzen.

Da Herr v. Boetticher über die Handwerks-Gesetzgebung ganz anderer Meinung ist wie Herr v. Berlepsch, so bezweifeln wir vorerst den letzten Theil dieser Mittheilung.

Der nationalliberale Parteitag hat gestern in Frankfurt a. M. stattgefunden. Ueber alle möglichen Fragen wurde gesprochen. Im einzelnen auf diese Verhandlungen einzugehen, lohnt wahrlich nicht der Mühe. Erwähnt sei nur die die Umsturzparteien betreffende Resolution, gegen die sich bloß 10 Stimmen erklärten. Dieselbe lautet:

Gegenüber der bedrohlich wachsenden Gefahr der Unterwühlung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung hat die nationalliberale Partei niemals einen Zweifel gelassen, daß sie es bei der Abwehr der Umsturzbestrebungen an sich nicht fehlen lassen werde. Aus besten Kräften hat sie mitgewirkt, den berechtigten Forderungen der minder begüterten Klassen, in sachgemäßer Weise gerecht zu werden. Dazu sind wir auch ferner bereit. Ebenso entschlossen sind wir, das Nothwendige zu thun, um die Grundlagen unserer nationalen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu schützen. Zu einem Kampfe gegen die Umsturzparteien bedarf es aber nicht allein des kräftigen Widerstandes der bürgerlichen Kreise, sondern in erster Linie auch eines klaren Programms der Regierung und einer zielbewußten einheitlichen Haltung derselben, welche bis jetzt nicht ersichtlich gewesen ist.

Wem der Sinn der Resolution unklar sein sollte, der wird sofort wissen, was die Herren wollen, wenn er erfährt, daß Herr Böttcher, der Leiter der „Nationallib. Korrespondenz“, über dieselbe referirte. Er erzählte den anwesenden Geheimen Kommerzienräthen, Bankiers, Schlotbaronen und Beamten, daß durch die soziale Gesetzgebung die Lage der Arbeiterklasse in einer Weise gebessert sei, wie in keinem anderen Lande der Welt, daß die Partei im Jahre 1890 für die ununterbrochene Fortdauer des Sozialistengesetzes gewesen sei, daß zwischen Anarchismus und Sozialismus für die Gegenwart kein Unterschied sei, dann erzählte er einiges von Caserio, dem Lieblingshelden der nach Ausnahmesehen lästernen Gesellschaft.

Demnach hat uns Herr Böttcher nichts Neues offenbart, weiß doch jedermann, daß diese Gesellschaft für alle Anebelungsversuche gegen die Arbeiterklasse zu haben ist.

Die Aufhebung der Gewerbegerichte wird jetzt von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ empfohlen. Vielleicht bringen die Nationalliberalen in der nächsten Reichstags-session den Antrag ein, daß über Streitigkeiten der Arbeiter mit ihrem Unternehmer dieser selbständig oder zum mindesten eine Korporation der Unternehmer ohne Bezugnahme von Arbeitern entscheide.

Mit der antisemitischen Einigkeit steht es sehr windig aus. Gestern beschloß zwar die antisemitische Vereinigung für Norddeutschland

„Eine Vereinigung der Antisemiten aller Richtungen ist eine unabwiesbare Forderung, die mit allen zulässigen Mitteln zu erstreben ist. Ueber den Namen derselben hat die Majorität zu entscheiden. Jeder antisemitische Abgeordnete hat das Recht, sich dieser neuzubildenden unabhängigen Partei anzuschließen, und es darf keine Ausnahme nicht abgelehnt werden, sofern er sie nachsucht.“

Da aber die antisemitische Reichstagsfraktion sich dagegen wehren wird, die Herren Ahlwardt und Bödel in ihre Reihen aufzunehmen, so wird es zur Bildung einer antisemitischen Gesamtpartei kaum kommen.

Ueber den Kongress für Sozialpolitik ist uns ein eingehender Bericht zugegangen. Raum mangels wegen veröffentlichten wir ihn erst in unserer nächsten Nummer.

Eine ganz eigenartige Wahlrechts-Demonstration, so schreibt man uns unterm 30. v. M. aus Wien, sah der heutige Nachmittag. Pünktlich um 3 Uhr strömten von allen radial auf die Ringstraße mündenden Hauptstraßen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen. Während zwei Stunden dauerte die Promenade über den Ring, die als friedliche aber deutliche Kundgebung von der Arbeiterzeitung angekündigt worden war. Die heutigen Morgenblätter veröffentlichten denn auch ein Kommuniqué der Polizeidirektion, welches ankündigte, daß „man entschlossen sei, die größte Strenge walten zu lassen und gegen den Versuch von Demonstrationen einzuschreiten.“ Dieser Versuch, die Arbeiterzeitung einzuschließen, führte aber nur zu einer ungeheuren Wamager der Polizei. Die ganze Ringstraße war zu beiden Seiten mit Doppelposten von Wachleuten zu Fuß und zu Pferd besetzt, an den Kreuzungen überall ein Kommissar mit 20 Mann. Und durch dieses Spalier, welches prächtiger und imposanter keinen Monarchen empfängt, marschirten nun die demonstrierenden Massen nach Bezirksorganisationen und Gewerkschaften militärisch geordnet. Der übliche Korso des Pöbels in Seidenhüten fiel sehr schwach aus — diese Leute waren die einzigen, welche die Drohungen der Polizei erschreckt hatten. Und nun geschah das in Wien Unerhörte. Punkt 1/45 eröbnete auf der ganzen Ringstraße ein dreimaliges Hoch auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! Hoch die internationale Sozialdemokratie! und die Paläste der Erzherzöge und der Milliardäre, sowie das Parlament erdröhnten von den Klängen der Marseillaise, des Wahlrechtsliedes und des Liedes der Arbeit. Die Polizei, die eine kleinliche Demonstration zu stören entschlossen war, mußte Ungerweise zu dem Massenaufgebot gute, wenn auch ein wenig einfältige Miene machen.

Damit ist die Wahlrechtsbewegung wieder in vollem Gange und Herr von Blener, der beim Bankett des Vereins für Sozialpolitik eine hochnützige Rede gehalten, eine vorläufige Antwort gegeben.

Zu bemerken ist, daß die musterhafte Disziplin der Genossen einzelne Provokationen der Wachleute vereitelte, so daß bisher nicht eine einzige Verhaftung bekannt ist.

Demission des französischen Ministeriums. Man schreibt uns aus Paris unterm 29. September: Es verkauet hier aufs bestimmteste, daß Herr Dupuy, der sich in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident mehr lächerlich als verhaft gemacht hat, seine Demission geben wird. Es sei dies, wie es heißt, bereits beschlossene Sache und werde das gegenwärtige Ministerium bald ausgetreten haben. An seine Stelle Dupuy's soll der gegenwärtige Finanzminister Poincaré treten. Es braucht wohl nicht erst hinzugefügt werden, daß es gleichgültig sei, wen Herr Perier zum verantwortlichen Leiter seiner Reaktionspolitik mache; denn was verlangt wird, ist nicht ein Ministerwechsel, sondern ein Systemwechsel. Und ein solcher ist nur gegen Perier möglich. Ob darum Dupuy oder Poincaré, ist geküßt wie gesungen.

Belgien. Nachdem das Wahlbündniß zwischen Liberalen und Sozialisten gescheitert ist, thun die Clerikalen, als ob sie eine Majorität schon in der Tasche hätten. Daß die Wahlaussichten der Schwarzröcke bessere sind, als wenn das Bündniß zu stande gekommen wäre, unterliegt freilich keinem Zweifel, allein auf der anderen Seite steht auch fest, daß die Mißwirtschaft der frommen Gesellen, die bis jetzt das Regiment geführt haben, ihnen auch unter den Gläubigen viele Feinde gemacht hat. Dazu kommt, daß an manchen Orten, wo die Parteien sich noch nicht so scharf geschieden haben, wie dies in den größeren Städten der Fall ist, Arbeiter und Bürger doch zusammengehen werden. Und selbst in Brüssel ist eine Verständigung für die Stichwahl nicht ausgeschlossen, und dann wäre die Niederlage der Clerikalen sicher. — Unsere Genossen sind unermüdlich in der Organisation und Agitation. Alle Arbeiterverbände und Arbeitergruppen des Landes sind zu gemeinsamer Aktion unter Führung der politischen Partei vereinigt; und die Propaganda durch Wort und Schrift, namentlich auch auf dem Lande, wird mit bewundernswerthem Eifer und mit ebenso viel Geschick und Methode betrieben.

Die „gemäßigten“ Liberalen — nicht zu verwechseln mit den Radikalen, die zum Theil aus ehrlichen Demokraten bestehen — suchen sich an den Sozialisten für das zurückgeworfene Wahlbündniß dadurch zu rächen, daß sie austreten, die Sozialisten ständen im Solde der Clerikalen. Zur Unterstützung dieser unsinnigen Anklage wurde auf einen gewissen Art verwiesen, einen angeblichen „Sozialistenführer“, der sich im Wahlkreise Nivelles, wo der Ministerpräsident de Burlet als Kandidat aufgestellt ist, warm für diesen ins Zeug lege, und von dem hinten nach herausgefunden sei, daß er mit der Regierung innige Beziehungen habe. Betreffs dieser Jagdgeschichte, die auch in deutsche Zeitungen übergegangen ist, erfahren wir aus der letzten Nummer des sozialistischen Hauptorgans, des „Peuple“ (Volk), daß Art niemals Sozialist und Parteigenosse war und daß seine „innigen Beziehungen zur Regierung“ in der That Sache bestehen, daß er, um eine Strafsummandlung zu erwirken, einmal eine Audienz bei einem Minister gehabt hat.

Die liberale Entrüstung ist hochkomisch. Die Herren Liberalen — und das gilt auch von anderen als sich das Monopol, die Sozialdemokraten um Unterstützung anzubetteln und dafür sozialdemokratische Fußstapfen zu erhalten?

Vom holländischen Kolonialkriegs-Schauplatz kommen wieder Nachrichten, die, da sie aus holländischen Quellen stammen, von Siegen zu berichten wissen, aber auch große Verluste melden.

Mit Crispi muß es verunstelt schlecht stehen. Er hat wieder eine Anarchistenverschöderung gegen sein Leben entdeckt. Wer's glaubt? Da müßten die „Umstürzler“ doch gar dumme Kerle sein, wenn sie den Mann weggeschaffen wollten, der das Umsturzgeschäft mit solcher Sachkenntnis und Virtuosität betreibt.

In Rußland sind eine Anzahl neuer Minister ernannt worden, der russische Einfluß dürfte hierdurch verstärkt worden sein.

In Rußland scheint die Regierung ganz außer Rand und Band zu sein. Der Zar, dessen Verfolgungswahn ihn überall Gefahren sehen läßt, treibt die Polizei zu fieberhaften Anstrengungen. Und da sie über die Vorgänge im Volk naturgemäß schlecht unterrichtet ist, so verhaftet sie blind darauf los. Aus Odessa und Kiew werden Massenverhaftungen gemeldet, und in Warschau soll, wo seit Wochen Polizeizwangs gehalten werden, die Zahl der Ver-

hafteten sich auf nahezu 200 belaufen — alles Personen aus den „besseren Ständen“, d. h. den Kreisen des Adels und Bürgerthums. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands ist noch so rückständig, daß die Arbeiterklasse nicht die ausschlaggebende Rolle spielen kann, wie in den europäischen Kulturländern. Wie es bei uns in Deutschland bis Ende der vierziger Jahre der Fall war, sind es in Rußland die gebildeteren Klassen, aus deren Schooß jetzt die der Regierung gefährlichste Opposition hervorgeht. Eine allgemeine Krise scheint begonnen zu haben. Dank dem persönlichen Regiment, das auch den unfähigsten Menschen, die der blinde Zufall auf den Thron gebracht hat, die Möglichkeit giebt, über Millionen von Menschen nach Belieben zu verfügen, ist das unglückliche Jarenreich in eine so chaotische Verwirrung gebracht worden, daß die Nothwendigkeit einer gründlichen Aenderung sich jedem denkenden, und bei der geüblichen Mißwirtschaft nicht interessirten Menschen aufdrängen muß. Die Krankheit des Jaren muß der Krise einen akutereren (scharferen) Charakter verleihen. — Auf das Militär ist kein sicherer Verlaß. Bei einem Hochverraths-Prozesse, der sich die letzte Woche in Kiew abspielte, figurirten unter den Angeklagten mehrere Offiziere. Es folgen den Oesterreichern militärische Geheimnisse verrathen worden sein. Die meisten der 38 Angeklagten wurden zu langjähriger Zwangsarbeit und „Verschickung“ nach Sibirien verurtheilt.

In China scheint volle Desorganisation einzureißen; zu dem unter sehr ungünstigen Umständen begonnenen Kriege mit Japan kommt eine auffällige Bewegung in der Provinz Schantung und Nachrichten über mangelnde Disziplin unter den Truppen.

Parteinachrichten

Zum Parteitag. Den Parteigenossen diene zur Kenntniß, daß unterm heutigen die bisher bestellten Mandatsformulare zum Parteitag versandt worden sind. Weiter eingehende Bestellungen werden von jetzt ab sofort nach ihrem Eintreffen erledigt.

Die Vertrauensmänner der Partei werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur jene Anträge in die Parteitagsvorlage Aufnahme finden und im „Vorwärts“ laut § 8 des Organisationsstatuts veröffentlicht werden, welche an die Adresse des Partei-Vorstandes

J. Auer, Berlin SW., Ratzbachstr. 9, direkt eingesandt werden. Anträge, welche nur in der Parteipresse veröffentlicht worden sind, können in der offiziellen Parteitagsvorlage keine Berücksichtigung finden. Der äußerste Termin an welchem die Anträge in den Händen des Parteivorstandes sein müssen, ist der 10. Oktober. Anträge, welche später eingehen, können nicht mehr aufgenommen werden. Im Interesse der rechtzeitigen Veröffentlichung der Vorlage empfiehlt es sich die Anträge so früh als möglich einzusenden.

Da auch in diesem Jahre den Parteitag Delegirten die gedruckten Berichte sowie Anträge sofort nach ihrer Fertigstellung zugesandt werden sollen, so ersuchen wir alle Delegirte, welche in den Besitz der Druckfachen zu gelangen wünschen, ihre Adressen umgehend per Postkarten an das Parteibureau gelangen zu lassen. Delegirte, deren Wahl nur in der Parteipresse bekannt wird, welche aber ihre Adresse nicht einsenden, erhalten die Druckfachen nicht zugesandt.

Das Lokalkomitee für Frankfurt a. M., Adresse: Fr. Brühne, Liebfrauenberg 26, macht bekannt, daß der Empfangs- und Quartier-Ausschuß vom Morgen des 20. Oktober ab ununterbrochen in dem Restaurant Stein, Gr. Eschenheimergrasse 18, tagen wird. Zum Empfang der Delegirten werden am 20. und 21. Oktober während des ganzen Tages Genossen am Bahnhofe anwesend sein, welche durch rothe Schleifen kenntlich gemacht sind. Die Delegirten können mit der Pferdebahn bis zur Hauptwache fahren, wo in nächster Nähe sich das Restaurant Stein befindet. Delegirte, welche in bezug auf Quartier oder sonstige Auskunft wünschen mögen sich an Genosse Fr. Brühne, Liebfrauenberg 26, wenden. Die gesammte Parteipresse wird ersucht, von vorstehenden Mittheilungen Notiz zu nehmen.

Partei-Konferenz. Für den Wahlkreis Bochum fand am 23. September eine Parteikonferenz statt. 22 Delegirte vertraten 18 Ortschaften. Beschlossen wurde, den Wahlkreis in 4 Bezirke einzutheilen, nämlich Bochum, Witten, Gelsenkirchen und Hattingen. Für jeden Bezirk wird ein Vertrauensmann auf der Parteikonferenz gewählt, als Kreisvertrauensmann wird Wolf Bochum gewählt. Dem letzteren sollen 20 pCt. der Ueberhülle von den Versammlungen zugeführt werden. Zum Delegirten für den Frankfurter Parteitag wurde Genosse Kampfen Linden gewählt.

Von der Agitation. Außer dem Reichstags-Abgeordneten Schumacher-Solingen machte auch Genosse Dr. Lütgenau-Vortmund eine Agitationstour durch Rheinland. Ueber den Verlauf derselben wird berichtet: Die Versammlungen, in welcher Genosse Dr. Lütgenau sprach, waren gut und zum Theil ausgezeichnet besucht; eine Ausnahme hiervon machten Solingen und Vennepe. In Solingen war die Veröffentlichung ungenügend gewesen, in Vennepe ist unsere Bewegung, soweit sie an die Öffentlichkeit tritt, in Folge des Grohnenunternehmens schwach. Das Thema „Der Staat und die Religion“ war von den Genossen am häufigsten gewählt worden. Der Referent hielt sich dabei zunächst an die Forderungen, welche das sozialdemokratische Programm an den Staat betrifft des Verhältnisses zur Religion stellt; die Diskussion ging aber hauptsächlich durch die Theilnahme der Gegner auch auf das Gebiet der Religion selbst über. Eine solche Debatte wurde in Kemscheid ungefähr vor 1000 Zuhörern am 11. August mit Herrn Pfarrer Thimmel, am 19. in Wermelskirchen vor 600 Zuhörern mit Herrn Hauptlehrer Joel, in Wald am 20. vor 800 Theilnehmern mit Herrn Pfarrer Almentöder, in Duisburg am 29. August mit Herrn Dr. med. Wurtzhardt vor 400 Theilnehmern geführt; in Hildesheim am 18. und in Honsdorf am 25. August beteiligten sich die anwesenden Zentrumsleute nicht an der Diskussion, die Darstellungen des Referenten machten aber auf sie sichtlich Eindruck. Auch verschiedene Berichte in der gegnerischen Presse bezeugen die gute Wirkung der Versammlungen. In Kall, am 7. August, lautete das Thema: „Zentrum und Sozialdemokratie“; eine Gegnerpartei machte sich hier nicht bemerkbar. In Warmen sprach Lütgenau am 15. August über die gegenwärtige politische Lage; an der Diskussion beteiligten sich nur Parteigenossen, die Versammlung war ungefähr von 1000 Personen besucht. Die Überfelder Versammlung am 28. August war von ungefähr 1500 Personen besucht; hier fanden die antisemitischen Redner eine nützliche Belehrung. Außerdem fanden in Naderbornwald am 12. und in Oblias am 27. August Versammlungen statt, welche gut besucht

waren. Die Versammlungen fanden im Hochsommer, also derjenigen Zeit statt, welche für alle anderen politischen Parteien die todte Saison ist; die Sozialdemokraten kennen keine stille Zeit, sie sind unablässig thätig und rasten nicht, bis zum endgültigen Siege unserer großen Bewegung.

Zur Landtagation. Ein sozialdemokratisches Wochenblatt für die bayerische Landbevölkerung. Zu dem Antrag der Münchener Genossen, der bevorstehende Parteitag möge die Schaffung der Wochenzeitung für die Landbevölkerung in Erwägung ziehen, macht ein praktischer Landwirth (der Verfassers des vielbeachteten Artikels: „Der Bauer und die Sozialdemokratie“) in unserm Nürnberger Bruderorgan, der „Frankl. Tagespost“, sehr beherzigenswerthe Ausführungen von allgemeinem Interesse. Aus demselben hebt die „Münch. Post“ folgende Ausführungen besonders hervor. Er schreibt: „Ein solches Blatt denke ich mir nun so: Vielleicht zwei Mal so stark, sonst ungefähr dieselbe Form, wie das „Bayerische Vaterland“. Zuerst kurz einen treffenden Artikel über eine bayerische Angelegenheit, wo ja die Dummheit der Patrioten und das Treiben der Regierung und ihrer Liberalen immer für Stoff sorgen. Dann kurz und von unserem Parteistandpunkt aus beleuchtet, eine Uebersicht über die wichtigsten Weltthemen der Woche. Etwas ausgedehnter dann deutsche und vor allem süddeutsche Angelegenheiten und Nachrichten, wobei alles dem Bauern weitabliegende fortgelassen werden muß. In Reichstagszeiten eine kurze Uebersicht und bei wichtigen Neben kurze Abschnitte über die Thätigkeit während der Woche; ausführlicher bei Landtagzeiten, wo auch bei allem wichtigen, insbesondere die Landwirtschaft Betreffenden, in klaren und verständlichen Artikeln der Parteistandpunkt verdeutlicht werden muß. Auf diese Weise gelangt der Bauer, ohne ihn mit theoretischen Geschichten zu ermüden, ebensowenig zur Kenntniß der eigentlichen Parteibestrebungen.) Zum ferneren sollten im Blatte Mittheilungen über Begebnisse aus möglichst vielen bayerischen Landorten veröffentlicht werden, wofür die Vertrauensleute auf brieflichem Wege an die Redaktion zu sorgen hätten. Alle Bedrückungen der Bauern durch Verwaltung- und Forstbeamte, soweit sie zur Kenntniß zu bekommen sind, müßten ebenso besprochen werden, wie das Treiben der Regierung, der Patrioten, der Soldatenschilder, Wissen die Bauern, und dafür haben sie eine gute Nase, daß ein Blatt existirt in Händen unserer Partei, welches ohne Scheu die Ungerechtigkeiten, die volkseindlichen Bestrebungen in besonderer Berücksichtigung des Geschehenden auf dem Lande brandmarkt, so gewinnen sie rasch Vertrauen und schleppen selbst Nachrichten und Material herbei.

Natürlich müßten auch regelmäßig landwirtschaftliche Rathschläge kurz und gut und der Jahreszeit entsprechend gegeben werden, sowie von den größeren Märkten die Mittelpreise. Unbedingt nöthig ist es auch, daß das Blatt Anzeigen hat. Bezugsquellen mittheilt; ein Blatt ohne Anzeigen, die dem Bauer oft Rathschläge zum Ein- und Verkauf geben, ist in seinen Augen keine richtige Zeitung. Druck soll nicht zu klein sein und die Schreibweise klar und kräftig, wahr und überzeugend und ohne unnöthige Schimpereien. Ueber das weitere in der Ausstattung kann ich mich natürlich nicht auslassen, das ist Angelegenheit der Zeitungsfachleute. Kurz sei noch bemerkt, daß der Abonnementspreis vierteljährlich nicht mehr wie 60 Pf. betragen sollte.“

Partei-Presse. Die Probenummer der „Leipziger Volkszeitung“ ist nunmehr am letzten Sonnabend verausgibt und zu vielen Tausenden verbreitet worden. Mit der Nummer vom Freitag hat „Der Wähler“ sein Erscheinen eingestellt, nachdem er sieben Jahre den Leipziger Parteigenossen gedient. Schwere Kämpfe hat auch „Der Wähler“, wie das wohl so ziemlich von allen Parteiblättern gesagt werden kann, durchmachen müssen, schwerere stehen vielleicht der „Volkszeitung“ bevor. Dessenungeachtet wird die neue Vorläuferin vollauf ihre Pflicht thun. — Willkommen im Kampfe!

Der „Damm gegen die Umsturzpartei“, die Kriegervereine, kommt immer mehr ins Wanken. Ein Herr Mayer, der Präsident des Mannheimer Veteranenvereins, sühlt sich zu folgender Jeremiade veranlaßt:

Mannheim, 12. September 1894.
An sämtliche Mitglieder des Veteranenvereins Mannheim.
Der erste Präsident des Veteranenvereins Mannheim sieht schon längere Zeit, daß die Mitglieder gegenüber dem Verein sich sehr interesseles zeigen, das beweisen nicht allein unsere Unterhaltungs- und Familienabende oder Ausflüge und Zeichenbegängenisse, insbesondere haben sich die Mitglieder sehr zurückgezogen gezeigt am 9. September bei dem Feste des Großherzogs Geburtstags.

Ich hoffe nicht, daß wir lauter Sozialdemokraten in unserem so schönen Verein haben, sollte dies der Fall sein, so sieht sich der erste und zweite Präsident veranlaßt, sofort sein Amt niederzulegen. Ich glaube, als langjähriger Präsident dies nicht verdient zu haben, indem ich mir alle Mühe gebe, den Verein hochzuhalten und auf die erste Stufe zu bringen. Sollte die Saunseligkeit so fortgehen, so werde ich den Antrag stellen, den Verein aufzulösen und das Vereinsinventar an einen anderen Verein abzugeben.

Fast könnten wir Herrn Mayer bedauern.

Auf der Höhe der Zeit scheint die „freisinnige“ Stadt Nürnberg nun bald angelangt zu sein. In Bezug auf das Versammlungswort hat Nürnberg, so schreibt man der „Frankl. Tagespost“, bis vor etwa Jahresfrist, gegenüber München als reines Eldorado gegolten. Seitdem der Bürgermeister bei der Landtagwahl durchgefallen, habe sich das geändert. Es wird nun im weiteren an die Ausweisungen von Frauen aus Versammlungen erinnert, bei denen es sich um rein wirtschaftliche Fragen handelte. Schließlich wird in drastischer Weise der Grundfah dargelegt, nach welchem der Magistrat vorzugehen pflegt. In der Argumentation desselben heißt es: Die Versammlung ist von Sozialdemokraten einkertert, ein Sozialdemokrat referirt, ergo ist die Versammlung, gleichviel, über was sie verhandelt, eine sozialdemokratische; die Sozialdemokraten aber bilden einen über ganz Deutschland verbreiteten „politischen Verein“, ergo ist jede von ihnen veranstaltete Versammlung, gleichviel, ob sie sich mit einem Reichsgesetz oder mit der Frage, warum die Frösche keine Schwänze haben, beschäftigt, eine Versammlung eines „politischen Vereins“. Und da an solchen nach Artikel 15 des Vereinsgesetzes Frauen nicht teilnehmen dürfen, sind dieselben auszuweisen oder es wird die Versammlung gleich von vornherein verboten und die Ausübung eines versammlungsmäßigen Rechts für die sogar nach Feilich'scher Auffassung Berechtigten, die männlichen Staatsangehörigen, auch unmöglich gemacht. Das Koalitionsrecht, durch Reichsgesetz „garantirt“ und laut Reichsgerichtsurtheil ausdrücklich gegen vereinspolizeiliche Uebergreife zu schützen, kommt für den „freisinnigen“ Magistrat Nürnberg nicht in Betracht.

Aus Cassel-Lothringen schreibt man uns: Vor der Münchener Strafkammer hatten sich am letzten Freitag der Redakteur des Offenburger „Volksfreund“ Zielowski und der Schriftsteller Jauch zu verantworten, ersterer unter der Anschuldigung, einen gegen einen elsässischen Geistlichen beleidigenden Artikel als „verantwortlich“ verbreitet, letzterer, denselben verfasst zu haben. Neu war das Verfahren, die Auktorschaft des Artikels zu inquiren, während man sich sonst daran genügen läßt, den „verantwortlichen“ als Prügelnaben heranzuziehen. Immerhin war das Verfahren interessant und bildet auch für juristische Feinschmecker einen kleinen Federkissen. Der „verantwortliche“ von Offenburg wandte nämlich die Nichtzuständigkeit des Münchener Landgerichts ein und glaubte diesen Fall als

einen weiteren Beleg für die offene Frage des Gerichtsstands geltend machen zu können. Allein die Staatsanwaltschaft behauptete zunächst für den Angeklagten Jauch die Zuständigkeit des Münchener Landgerichts und damit auch für den Angeklagten Zielowski. §§ 8, 3 der Strafprozeßordnung; gemeinschaftliche Ausführung eines Delikts an verschiedenen Orten.) In der Verhandlung wurde Jauch zu zwei Monaten Gefängniß, Zielowski zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Auf diese Weise kann man nunmehr jede Cassel-Lothringen betreffende Notiz nach dem Reichsland, d. h. nach den dortigen Landgerichten ziehen; die badischen Schwurgerichte, welche in Preßproessen weniger rigoros urtheilen würden, sollen mit der Freisprechung von Preßsündern möglichst wenig behelligt werden.

Gerand mit dem allgemeinen Wahlrecht — so lautete die Aufschrift eines Flugblattes, das die Wiener Arbeiter in der Nacht vom 25. zum 26. September in vielen Tausenden verbreiteten. Ueber die Wirkung dieser ernsten Inangriffnahme der Agitation der Wiener Arbeiterschaft für das allgemeine Wahlrecht auf die bürgerlichen Parteien haben wir schon an anderer Stelle berichtet. 78 der Flugblattvertheiler wurden sistirt. Die Flugblätter waren an allen privaten und öffentlichen Gebäuden, dem Justizpalast, den Kasernen, den fährlichen Schößlern, am Post-Briefkasten u. s. w. angeheftet worden. Unter den Verhafteten befanden sich mehrere Frauen. Die Verurtheilungen fanden statt auf Grund des Preßgesetzes (wegen unerlaubter Kolportage) und waren nicht sehr erheblicher Art; sie bewegten sich von einigen Gulden Geldstrafe bis höchstens zwei Tage Haft. — Glückliches Oesterreich! In Preußen, Deutschland wäre der grobe Unfugparagrah und wer weiß, was noch mit herangezogen worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Wegen Tragens republikanischer Abzeichen war Gen. Burkhart-Glauchau angeklagt, weil er bei einem Begräbniß einen Kranz mit weißrother Schleife getragen hatte. Er wurde zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt, weil das Weiße an der Schleife nur zur Verdeckung des eigentlichen Zweckes gedient habe. Von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, wurde er freigesprochen, da das Begräbniß ruhig verliefen sei, daher „die verfassungsfreundlichen Bewohner nicht belästigt worden seien“.

— Die Stadt Leipzig hat nun auch ihren Kinderfest-Erlaß erhalten; er gleicht den übrigen.
— Ich entziehe dem Sänger das Wort.“ In Witten bei Zwitau konnte nach längerer Pause wieder einmal eine Volkerversammlung stattfinden, die auch recht gut besucht war. Nach Schluß der Versammlung begann ein Versammlungsbesucher die Arbeitermarschlieder zu singen; kaum aber hatte er damit begonnen, als ihn der noch anwesende Ueberwache mit dem Eisen hervorgehobenen Worten unterbrach: Ich entziehe dem Sänger das Wort! Tableau!

— 150 Mark Geldstrafe, eventuell 90 Tage Haft, erhielt der Redakteur der „Neuß. Tribune“, Genosse Leven, vom Schöffengericht zu Gera wegen Verleumdung des sattsam bekannten Liebermann von Sonnenberg. Die Verleumdung sollte enthalten sein in einem Artikel, worin gesagt war, daß vor 25 Jahren in Wiesbaden eine ganze Anzahl Geschäftsleute durch Liebermann geschädigt worden seien.

— Einen „Ortsbüttele“ hatte die „Sächs. Arb.-Zeitung“ den Gemeindevorstand von Loschwitz genannt. Das sollte geachtet werden. Genosse Reichard wurde als Verantwortlicher angeklagt. Aber selbst das sächs. Gericht mußte auf Freisprechung erkennen, da das sächsische Wort „Büttele“ für Polizist keine Verleumdung sei.

— Den 25. d. M. wurde der Gesangsverein „Sängerzirkel“ in Hohenstein-Ernstthal durch die königliche Amtshauptmannschaft aufgelöst und somit, wie schon viele andere derartige Vereine, von dem Sein zu dem Nichtsein befördert.

Soziale Uebersicht.

Sonntagruhe in den Münchener Anwaltsbureaus. Eine große Anzahl der München-Anwälte haben schon vor einiger Zeit mit einer von früher übernommenen Gewohnheit gebrochen, die Kanzleien am Sonntag zu schließen. Eine Umfrage über die Verhältnisse hat ergeben, daß von den 100 bestehenden Kanzleien einzeln oder affozirter Anwälte 24 Kanzleien gänzlich geschlossen, daß weitere ca. 40 Bureaus für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen sind, während die restigen Bureaus in dem früher allgemein üblich gewordenen vollen Betriebe stehen. Wenn nun auch die Bureauzeit in den meisten Kanzleien seit ca. 4 Jahren auf die Zeit von 10–12 Uhr reduziert ist, so wird durch diese zwei Stunden doch den Angelegten sowohl, als den Prinzipalen selbst der Feiertag verдорben, ohne daß für die letzteren aus dieser Arbeitszeit ein irgendwie nennenswerther Nutzen sich ergäbe. Das Publikum wird durch die in allen Berufsarten zur Einführung gelangende Sonntagruhe doch allmählich daran gewöhnt, wichtigere Geschäfte an Wochentagen zu erledigen und die allgemeine Beobachtung gerade in den hier beteiligten Kreisen lehrt, daß der Parteiverkehr an Feiertagen seit einigen Jahren auf ein Minimum zurückgegangen ist.

Die Wittsburger Werke für Weißblechfabrikation werden infolge Ausbruchs von Lohstreitigkeiten heute Nacht geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Buchdrucker!
Bei der Firma W. Bügenstein u. Co. haben gestern sämtliche Maschinenmeister die Arbeit niedergelegt infolge Tarifstreitigkeiten und Wahrung des Koalitionsrechtes. Wir erwarten, daß sämtliche Maschinenmeister Berlins sich mit den Streikenden solidarisch erklären und so lange die Ossign meiden, bis sämtliche Forderungen der Gehilfen bewilligt sind. Es ist Ehrensache, Zugang nach Berlin strengstens fernzuhalten. — Nach Näheres heute Abend in der Versammlung. Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Albert Bassini, Vorsitzender.

Achtung, Zimmerer! Die Jabststelle und Arbeitsnachweis des Vereins der Zimmerer (Berlin W.) befinden sich vom 1. d. Mts. ab bei Rechner, Ormewaldstr. 110. Dasselbst werden alle Sonntage, mit Ausnahme derjenigen, wo öffentliche oder Mitgliederversammlungen stattfinden, Beiträge an- und neue Mitglieder aufgenommen.

Au die organisierten Arbeiter Deutschlands!
Schlothelm i. Th. Bekanntlich ist der hiesige Seilerstreik zu ungunsten der Streikenden ausgefallen, theils wegen ungenügender Unterstützung, theils wegen der vielen Streikbrecher, die sich, aus allen Berufsweigen rekrutirend, eingefunden hatten. Es sind jetzt noch 40 bis 50 Gemahrgelte vorhanden. Die Fabrikanten geben den Arbeitssuchenden zur Antwort, daß sie durch den Streik so geschädigt worden seien, daß sie in fünf Jahren den Verlust nicht wieder einholen könnten, den sie durch diesen Streik erlitten hätten, da zahlreiche Bestellungen anderwärts gemacht wurden und das verlorene Absatzgebiet nur äußerst schwer wieder gewonnen werden könne. Wir sind nun bemüht, unsere Schlotheimer Kollegen anderswo unterzubringen; da aber dieses nicht so schnell zu ermöglichen ist, haben wir vorläufig noch eine große Anzahl Gemahrgelagerter zu unterstützen. Wenn man bedenkt, daß diese Gemahrgelagerter in letzter Zeit mit 250 M. pro Woche begnügen mußten, so

ist die Noth erklärlich, welche jetzt unter denselben ausgebrochen ist. Die Fabrikanten versäumen nicht, die Arbeiter in ihrer bitteren Noth noch zu verhöhnen, indem sie sie an die Organisation verweisen. Dabei suchen sie die Arbeiter der Organisation untreu zu machen, indem sie denselben vorreden, wie sehr sie für ihre Arbeiter gefojrt hätten und wie wenig dieselben sich auf die Organisation verlassen könnten. Nun, als so ganz machtlos werden diese Herren Fabrikanten die Organisation doch nicht kennen gelernt haben, das beweisen die schweren Nachttheile, welche sie durch diesen Streik erlitten haben; nach einem zweiten solchen Sieg gelüftet sie es jedenfalls nicht mehr. Für diesmal haben wir allerdings eine Niederlage erlitten und es wird uns schwer werden, die vielen Gemahrgelagten unterzubringen. Damit aber die Fabrikanten nicht jagen können, wir haben die Ausgesperrten verhungern lassen, bitten wir alle Arbeiter, uns noch kurze Zeit zu unterstützen, bis wir alle dieselben untergebracht haben. Die Noth ist außerordentlich groß und Hilfe sehr nothwendig.

Der Verband
der Seiler, Reepschläger und Häufer.
J. A.: S. Schaad.
Adr.: H. Schläter, Altona-Ottensen, Wahrenfelder Steinbamm 48, II.
Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Charlottenburg! Achtung, Gewerkschaften! Angefichts unserer wirtschaftlichen Verhältnisse macht die Gewerkschaftsbewegung am hiesigen Orte viel zu geringe Fortschritte. Neben einigen Organisationen giebt es eine Anzahl Berufsvereine, für die bis jetzt gar keine Vereinigung besteht. Es wird deshalb von einigen Gewerkschaften in Erwägung gezogen, ob nicht die Bildung eines Kartells fördernd für die Organisation wirken würde. Zur Erörterung dieser Angelegenheit findet am Donnerstag, den 4. Oktober, eine öffentliche Versammlung statt (Siehe Annonce), auf die wir hier besonders aufmerksam machen mit dem Wunsch, daß sie aus allen Berufskreisen recht zahlreich besucht wird.

J. A.: S. Bernke.
An die Arbeiter Hamburgs richtet sich ein Flugblatt, das am Sonntag in 123 000 Exemplaren verbreitet wurde. In demselben werden die Arbeiter aufgefordert zum Beitritt zu ihren Organisationen. Die andere Seite des Flugblattes enthält einen Aufruf zum Boykott der Schuhwaaren von Tack u. Co. in Burg.

5 Arbeitslosen-Versammlungen finden am Mittwoch, den 3. Oktober, in Hamburg statt.

In Schwarzach a. d. S. (Bayern) haben die Maler der Porzellanmalerei Schaller u. Komp. am 24. September die Arbeit niedergelegt. Grund: Fortgesetzte Lohnreduzierungen und Einführung neuer Muster zu Schundpreisen. Um fernhalten jeden Zuguges nach dort wird ersucht.

Desgleichen stehen in Lohnbewegung die Porzellanarbeiter in Arzberg (Bayern), Proßitzella (Thüringen) und die Porzellan- und Galanteriemaler in Berlin, und ist Zugug nach diesen Orten fernzuhalten.

Einer Statistik der Magdeburger Bildhauergehilfen entnehmen wir folgende Einzelheiten. Der Durchschnittsverdienst der 28 Gehilfen, welche die Fragebogen beantwortet hatten in dem Jahre vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894, das Jahr zu 52 Wochen berechnet, betrug pro Woche 14 Mark 55 Pfennig. Als höchster Durchschnittsverdienst wurde 24 M. 97 Pf. erzielt, während der niedrigste 4 M. 82 Pf. betrug. Nach dem Alter berechnet betrug der Durchschnittsverdienst:

18–20 Jahr	10,85 M.	höchster	16,55	niedr.	4,52
20–25 „	15,49 „		22,51		6,85
25–30 „	18,12 „		24,97		9,61
30 u. darüber	17,60 „		23,08		12,21

Hierbei sind Ueber- und Sonntagarbeit mit eingerechnet. Gearbeitet wird in Alford und zwar in den Holzbildhauerereien 9 bis 9½ Stunden täglich, in den Tischlereien 10 Stunden. Arbeitslos waren in diesem Zeitraum 25 Gehilfen zusammen 1310 Tage 6 Stunden, so daß im Durchschnitt auf jeden Gehilfen 52 arbeitslose Tage kommen. Die höchste arbeitslose Zeit betrug 228 Tage, die geringste 8 Tage. Erwerbsunfähig krank waren 7 Gehilfen mit zusammen 88 Tagen. Die Zahl der Bejrlinge betrug am 30. Juni 1894 30, im Verhältnis zur Gehilfenzahl gewiß keine zu geringe, ein Beweis, daß auch in diesem Gewerbe die Lehrlingszucht in schönster Blüthe steht. (Einige Bildhauerereien beschäftigen zur Zeit nur Bejrlinge, darunter eine, wo 4 Bejrlinge beschäftigt sind.) Verheirathet sind von den angegebenen Gehilfen 6. Den Beruf haben wegen Mangel an Beschäftigung gänzlich aufgegeben 5, während 2 Verheirathete aus demselben Grund abtreten mußten, um sich an einem anderen Ort Erwerb zu suchen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Pissen, 1. Okt. Gestern Abend 11 Uhr fand in der Kelleröffnung des einem gewissen Jniler (Mitinhaber der Bankraz-Reche in Rürschon) gehörigen Hauses eine vermulthlich durch Dynamit verursachte Explosion statt; der Thäter ist unbekannt; der Schaden ist nicht bedeutend.

Kopenhagen, 1. Oktober. Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Das Follething wählte Högberg, Gegner des Ausgleichs, wieder zum Präsidenten; zu Vizepräsidenten wurden zwei Gegner des Ausgleichs gewählt, statt wie bisher zwei Anhänger desselben.

Das Landsting wählte Professor Mahen (Rechte) zum Präsidenten.

Kopenhagen, 1. Oktober. „Nihans Bureau“ meldet aus Petersburg, das russische Ministerium des Auswärtigen habe gar keine Mittheilung von einem Ueberfall einer Station der Usuribahn durch die Chinesen erhalten und bezeichne die diesbezüglichen Nachrichten als unbegründet.

Genf, 1. Oktober. Durch einen heftigen Nordwind wurde in der vergangenen Nacht und heute früh viel Schaden angerichtet. Gestern Abend wurde der Dampfer „Helvetia“ mit 225 Passagieren gegen die Montblanc-Brücke gestoßen. Sämmtliche Reisenden konnten den Dampfer ohne Gefahr verlassen, die Brücke und der Dampfer sind beschädigt. Im Hafen sind viele kleine Fahrzeuge untergegangen. Sämmtliche Dampfbootfahrten sind eingestellt.

Madrid, 30. September. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Habana sind infolge von Regengüssen fast überall auf der Insel Cuba Ueberschwemmungen eingetreten. Zahlreiche Menschenleben sind verloren, besonders in Sagua-la-Grande.

London, 30. September. Nach Meldungen aus Port Said sind die Verhandlungen zur Beendigung des Ausstandes der Daggerschiffsarbeiter gescheitert. Auf Lemasson, den Hauptingenieur des Kanals, wurden gestern in Ismailia Schüsse abgegeben, durch die Lemasson ernstlich verwundet wurde. Man glaubt, daß Attentat sei von einem der ausländischen Arbeiter verübt worden.

Kairo, 1. Oktober. Der Hauptingenieur des Suezkanals, Lemasson, auf welchen vorgestern ein Arbeiter geschossen hatte, ist seinen Wunden erlegen.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Paris, 1. Oktober. Ueber den Brand in der Zuckerraffinerie wird weiter gemeldet, daß derselbe durch glühend gewordene elektrische Leitungsdrähte verursacht worden ist. Große Mengen Zucker sind während der Feuersbrunst zerfchmolzen. Das ganze Maschinenwerk wurde total zerstört. Der Schaden ist sehr bedenklich; ein Feuerwehrmann ist lebensgefährlich verletzt worden, 50 Arbeiter sind brotlos.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereivereins harret noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu bitten. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmangriff des Prohibitivvereins scheiterte an eurem Solidaritätsgefühl. Nicht eine Bresche vermochte der Bierring in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfmüthig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Den zweiten Sturmangriff auf eure Phalanx mußten die dem Bierring Lebensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer ausgeflogen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisation des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wir bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt sind.

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Ko., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Joh. May, Dennhardt, N.W., Hannoverstraße 18a. Tel. III. 8178.
- Schlößbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Piesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde, Niederlage, Edm. Kenter, Söwinmünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Bonifen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spießermann, Weberstr. 66.

Tokales.

Zum Bierboykott. In den Berichten mehrerer bürgerlicher Blätter über die Verhandlungen zwischen der Boykottkommission und den Brauereien befindet sich nebst diversen anderen Irrthümern auch die Angabe, daß während der Verhandlungen erklärt habe, zur Erzielung einer Verständigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern über die Einrichtung des Arbeitsnachweises bei den ersteren vermitteln zu wollen. Singer eine derartige Vermittlung rundweg abgelehnt habe. Letztere Angabe ist durchaus falsch; im Gegentheil hat Genosse Singer auf das eventuelle Anerkennen der Arbeiter ausdrücklich hingewiesen als einen Beweis dafür, daß man seitens der Arbeitervertretung zu jedem zulässigen Versuch bereit sei, um zu einem ehrlichen Frieden zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen, ehe sie in die Unterhandlungen eintreten, sich über die Linie, innerhalb derer dieselben geführt werden sollen, genau verständigten und über diese Linie hinaus zu gehen, lag weder ein Anlaß vor, noch wurde ein Versuch dazu gemacht.

Eugen geht in seiner „Freisinnigen Zeitung“ gegen die Beilegung des Bierboykotts und läßt dabei wie üblich.

„Zu der künftigen, von den Sozialdemokraten angestrebten Gesellschaftsordnung wird der Kunst keine Freistätte zur Entfaltung mehr so geboten sein wie heute.“ Dieses schon häufig und entgegengehaltene Argument für die angebliche Ausschließlichkeit und Verfehlung unserer Weltanschauung ist bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf seine Absurdität zurückzuführen notwendig. Und zwar gerade deshalb, um auch gelegentlich zu beweisen, daß nicht die Gesellschaftsklassen es sind, die da „zahlungsunfähig“ und aus diesem Grunde in der Lage, für Kunst und Künstler etwas aufwenden zu können, ein alleiniges Anrecht an Kunstgenüssen zu haben glauben. Für diese sind häufig die Kunstgenüsse nichts weiter als Zeitvertreib, Befriedigung einer Laune oder — was am häufigsten zutreffen dürfte — das Gefühl, für die Kunst und ihre Jünger „etwas gethan zu haben“, zumal wenn die äußere Wirkung deutlich wahrnehmbar sein soll. Ganz anders bei den Arbeitern. Hier geschieht die Betätigung am Gesang, Spiel und ähnlichen Genüssen der Kunst selbst zu Liebe; auf die Wirkung nach außen kommt es hier in allerletzter Linie an. Um hierfür ein Beispiel zu liefern, sei der rein proletarische Zitherklub „Gleichheit“ angeführt, dessen Mitglieder Strumpfwirker, Buchdrucker, Metallarbeiter, Elektriker u. sind. Diese Leute, die da tagüber ihren Berufs- und Abends jedenfalls auch ihren Parteipflichten nachkommen, verdienen in ihren künstlerischen Leistungen Anerkennung erwünscht zu werden. Das von ihnen am letzten Sonnabend, wie wir hören zum Besten Ausgespielter, gegebene Konzert kann als wohlgeklungen bezeichnet werden, besonders was die Innehaltung des Taktes bei den nicht leichten Piècen auf 18 Streich- und Schlagzithern anlangt. Nicht bloß Konzertstücke, Quartetts und Solis kamen zu Gehör, sondern auch die allbekanntesten Volkslieder. Den meisten Beifall dürften wohl das Blauselied und die Marzellaise gefunden haben. Wirkungsvoll war auch der Vortrag der Gebrauchsbräuer auf 2 Mandolinen und einer Zither. Indes nicht in den Rahmen dieses im übrigen harmonischen Programms schien uns der geräuschvolle Schlußauftritt zu passen.

Zur Lokalliste. Der Gastwirth Diedrich, Königsbergerstraße 10, ist am Sonnabend, den 29. September, irrtümlicher Weise von der Lokalliste gestrichen.

Auf die am Mittwoch zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule in der Großen Frankfurterstr. 28 stattfindende Versammlung machen wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam. Unser Parteigenosse Borna wird an diesem Abend über „Die Chemie des täglichen Lebens“ reden, ein Thema, das des Interessanten genug bietet, um den Besuch der Versammlung zu einem lohnenden zu machen.

Die Wahlen zum Gewerbegericht, die am vorigen Mittwoch stattfanden, haben, soweit die Arbeitnehmerschaft in Betracht kommt, der Sozialdemokratie einen vollkommenen, unbestrittenen Sieg gebracht. Standen uns bei der am 20. Februar vorigen Jahres erfolgten ersten Wahl noch einige wagemüthige Harmoniedufeler, Antis und Streikbrecher gegenüber, so wurde diesen Herrschaften bereits beim ersten Strauß so wabbelig zu Muth, daß sie sich sagten: Einmal und nicht wieder, die Arbeitnehmerschaft gehört mit Zug und Recht der Sozialdemokratie! Die siebzehn von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als Arbeitnehmer-Beisitzer aufgestellten Kandidaten sind also am 26. September wider Spruchlos gewählt worden.

Wie nicht anders zu erwarten, standen die Ansichten auf der Arbeitgeberseite wesentlich anders. Aber auch hier kann die Sozialdemokratie ein relativ günstiges Resultat verzeichnen und dasselbe wäre noch vortheilhafter für eine gewissenhafte und durch keinerlei Rücksichtnahme beeinflusste Rechtsprechung ausgefallen, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft, wenn die von der Wahrheit unserer Lehren überzeugten Angehörigen des sog. Mittelstandes ihre Position besser ausgenutzt und sich an der Wahl lebhafter betheiligt hätten. So weit bis jetzt festzustellen gewesen, sind auf der Arbeitgeberseite am 26. September abgegeben worden:

sozialdemokratische Stimmen	1152
freisinnige Stimmen	2558
konserervative und antisemitische Stimmen	430

Es sind also etwa 28 pSt. der Arbeitgeberstimmen auf sozialdemokratische Kandidaten gefallen.

In vier Wahlbezirken ging die sozialdemokratische Liste durch, während in einer ganzen Reihe anderer Bezirke, so im 11., 13., 14., 16., 17., 26., 29., 32., 37. und 40. Wahlbezirk unsere Parteigenossen ansehnliche Minoritäten erzielten.

Zu den drei ausgelassenen und wiedergewählten Arbeitgeber-Beisitzern kamen noch sechs weitere Kandidaten der sozialdemokratischen Liste hinzu, sodaß wir unter den Arbeitgeber-Beisitzern im Gewerbegericht 15 Parteigenossen zählen.

Und ein so annehmbares Resultat wurde sozialdemokratischerseits erzielt, trotzdem sogar einzelne Großunternehmer in höchst eigener Person sich der komischen Nähe unterzogen hatten, den Zeichnam des „selbständigen, ordnungsfreundlichen Bürgerthums“ zu galvanisiren und ihn für Wahrnehmung seiner Interessen zu „begleiten“. Ist es angeht dieses schmerzlichen Mißerfolges nicht begreiflich, wenn die „Nationalliberale Korrespondenz“ in ihrer absoluten Hilflosigkeit nichts anderes anzufangen weiß, als die Aufhebung der Gewerbegerichte zu fordern?

Militärische Massenverhaftung. Eine Nachricht, die auf die Gemüther des gesammten Philisterrums tieferstättend wirkte, ging am Sonntag wie ein Lauffeuer durch die Stadt. In der Oberfeuerwerker-Schule in der Invalidenstr. 55a sollten Disziplinärvergehen gefährlicher Art erfolgt sein, worauf in der Nacht zum Sonntag die Verhaftung einer großen Anzahl der Chargirten Nebelthäter erfolgt wäre.

Diese Nachrichten bestärkten sich in vollem Maße. Obgleich die Militärbehörden, welche von einigen naiven Gemüthern aus der Reporterwelt um Auskunft angegangen wurden, sich natürlich völlig zugemüßt verhielten, konnte doch folgendes festgestellt werden:

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag um 12 Uhr wurde plötzlich das zweite Bataillon des 4. Garde-Regiments zu Fuß in der Rheinowstraße allarmirt und aus demselben zwei Kompanien mit 4 Offizieren gebildet, welche selbstdarstellerweise, mit scharfen Patronen und aufgezogenem Seitengewehr versehen, im Laufschritt nach der Kaserne der Oberfeuerwerkerschule in der Invalidenstr. 55a abrückten. Hier waren die Mannschaften dieses Truppentheils auch allarmirt worden, und der gesammte ältere (vierjährige) Jahrgang der Oberfeuerwerkerschule mußte ohne Waffe auf dem Kasernenhofe Aufstellung nehmen, der durch Fadellicht taghell erleuchtet und dessen Zugänge durch Wachmannschaften besetzt waren. Die Feuerwerkerschüler mußten in Gliedern aufmarschiren und wurden dann von einander durch Rüge der Garde-Infanterie getrennt. Inzwischen hatte der Kommandeur der Oberfeuerwerkerschule, Major Freiherr von Stetten, die sämtlichen Schränke und Gelasse seiner Untergebenen durchsuchen lassen. Sodann wurden die aus dem Hofe fliehenden Feuerwerker, 133 an der Zahl, für verhaftet erklärt und nach dem Lehrter Bahnhof gebracht, dort mußten sie einen bereit stehenden Extrazug besteigen und wurden mit demselben unter Eskorte der oben-erwähnten Kompanien nach der Festung Magdeburg geschafft, woselbst der Train um 2 Uhr 50 Minuten Morgens anlangte. Dort wurden die Verhafteten nach den Kasematten überführt. Die Begleitmannschaften trafen um 11 1/2 Uhr früh wieder in Berlin ein.

Von anderer Seite wird der Vorgang wie folgt geschildert: Das zweite Bataillon des 4. Garde-Regiments zu Fuß wurde zwischen 12 und 1 Uhr Nachts allarmirt. Während die Oberfeuerwerkerschule umstellt war, fand eine Durchsichtung nach

Schriften statt. Es wurden mehrere Papiere beschlagnahmt, die indessen nicht von großer Bedeutung sein sollen. Die Unteroffiziere wurden aus den Betten herausgeholt und von je 12 Mann der Kompanien des 2. Bataillons mit je 15 scharfen Patronen und den Offizieren der 6. und 7. Kompanie des 4. Garderegiments nach den Kasematten der Festung Magdeburg gebracht. Auf freiem Fuße sind 220 Unteroffiziere geblieben. Die Hälfte der als Lehrer kommandirten Offiziere dürfte demnächst zu ihren Regimentern zurückkehren, nachdem sie bis zum Austrage der Untersuchungssache entbehrlich geworden sind, da ein Ersatz für die Mannschaften vorläufig nicht kommandirt wird. Im Laufe des Sonntags erfolgten noch etwa zwanzig weitere Verhaftungen von Feuerwerkerschülern; dieselben wurden ebenfalls nach Magdeburg transportirt.

Von der Sensationspresse wird diese Affäre natürlich mit geradezu unbändigem Eifer ausgeschlachtet. Dynamit, verbotene Schriften, Anarchismus, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Infruitive Umtriebe u. dgl. schwirren so lebhaft durcheinander, daß das offiziöse Wolffsche Depeschendureau diesen Nachrichten folgenden Dämpfer aufsetzen zu müssen glaubt:

Am Sonntag früh wurde eine größere Anzahl von Unteroffizieren, welche zum Besuch der Oberfeuerwerker-Schule hierher kommandirt waren, in Untersuchungshaft nach der Festung Magdeburg abgeführt. Diese Thatsache ist von verschiedenen Seiten durchaus falsch ausgelegt worden. Es handelt sich bei dem Vorgang in keiner Weise um hochverrätherische Umtriebe oder politische — insbesondere sozialdemokratische oder anarchistische — Dinge. Die ganze Sache liegt vielmehr lediglich auf disziplinarem Gebiete. Ältere Unteroffiziere, welche wieder Schulunterricht erhielten, haben zu Ausschreitungen gegen die militärische Disziplin geneigt. Ihre Lebensführung ließ die Anwendung schärferer Kontrollmaßregeln notwendig erscheinen. Segen die zu diesem Zwecke eingeführten Revisionen fand vor einigen Tagen eine lärmende Demonstration statt, die ansehnlich planmäßig vorbereitet war. Es hat den Anschein, als ob die Betheiligten sich dabei weniger in dem Bewußtsein befunden hätten, in grober Weise gegen die Befehle der militärischen Unterordnung zu verstoßen; vielmehr scheint ein zeitweiliges Vergessen ihres militärischen Charakters, eine Art Aeußerung kindlichen Freiheitsgefühls vorzuliegen. Von den beiden Jahrgängen der Oberfeuerwerker-Schule war nur der ältere in Stärke von etwa 180 Unteroffizieren an der Sache betheiligt. Voraussetzlich sind von der Gesamtheit eine mehr oder weniger große Zahl unschuldig. Die Häufelührer und Theilnehmer der Ausschreitung zu ermitteln, würde schwer gefallen sein, wenn man den ganzen Jahrgang auf freiem Fuße und hier in Berlin belassen hätte. Es erscheint deshalb als eine ebenso energische wie richtige Maßregel, daß man, um die Wahrheit möglichst schnell und ganz zu ermitteln, vorläufig den ganzen Jahrgang in Untersuchungshaft abgeführt hat.

Ueber die Ursachen, welche zu der Verhaftung geführt haben, scheint am besten die „Kriegszeitung“ unterrichtet zu sein. Einer eingehenden Darstellung, die sie in ihrer Nummer vom Montag Abend bringt, entnehmen wir folgendes:

Am 22. September, bald nach 5 Uhr Nachmittags, wollte der Premierlieutenant v. W. die vorchriftsmäßige Revision der Stuben vornehmen. Als er sich über den Hof nach Kaserne I (jener der älteren Unteroffiziere, zunächst der Wannen-Kaserne) begab, erscholl von einem Fenster derselben der Ruf: „Revision kommt!“ Unmittelbar darauf brach auf allen Stuben der Kaserne I der älteren Unteroffiziere ein heftiges Gejohle los, dazu Pfeifen, Getrommel auf den Tischen, Schlagen mit Stühlen auf die Tische und gegen die Thüren, Schreien und dazwischen der immer sich wiederholende, wie höhnische Ruf: „Revision!“ — Nach vollzogener Revision begab sich Premierlieutenant v. W. in die Kaserne der jüngeren Schüler und bemerkte dabei, wie die älteren Schüler sich an den Fenstern ihrer Kaserne I drängten. Kaum war der Premierlieutenant v. W. in die Thüre der Kaserne II (der neuen Schüler) getreten, da brachen die älteren Schüler in ein lärmendes Getöse, Pfeifen, Johlen und Hurrabruhen aus, auch in hämische Lachen. Premierlieutenant v. W. drehte sofort um; aber in demselben Augenblick zogen sich jene älteren Unteroffiziere zurück. Wer wüßte sich jemals eines so unverschämten und dreisten Gebahrens älterer, den jüngeren doch als Vorbild dienen sollender Mannschaften zu erinnern?

Am Abend desselben Tages (22. Sept.) hörte nun der Direktor der Oberfeuerwerker-Schule, Major Febr. v. Stetten, von seiner Wohnung aus im Lehrgebäude einen solchen Lärm im Kasernenhof, daß er sich bald nach 11 Uhr über die Haupttreppe hinab nach der Unteroffizier-Speiseanstalt begab. Der Lärm kam aus Kaserne I (immer jener der älteren Leute), vom Hofe davor und von der Stelle vor dem Unteroffizier-Kasino. Gerade in dieser Nacht mußten jene fünf Unteroffiziere (aus Anlaß der vorerwähnten unsüßlichen Verunreinigung des Fensters ihrer Stube) Patrouillen-Posten geben. Es erschollen höhnische Rufe: Patrouillenposten 2, Ablösung Nr. 1 und ähnliche dreiste Rufe. Unteroffiziere auf dem Hofe ließen die Säbel schleppen, schrien und machten allerlei Lärm. Der Direktor trat vor dem Unteroffizier-Kasino mehrere Unteroffiziere in lauter Unterhaltung an; auf seine Anrede, was sie da noch zu thun hätten, suchten einige in ganz respektwidriger Haltung wegzulaufen, während die anderen sich nichts weniger als pflichtmäßig geberdeten. Major v. Stetten sah sich zu ernstesten Drohungen veranlaßt und gab einem dienstthuenden Oberfeuerwerker den Befehl, die Namen der anwesenden Unteroffiziere festzustellen. Einige

versuchten sich hinter den geöffneten Flügeln der Thür des Unteroffiziers-Kasinos zu verstecken; erst auf energisches Befehl und Drohung mit dem Säbel kam von dort ein Unteroffizier L. vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 86 hervor und stellte sich frech vor den Direktor hin. Der dienstthuende Oberfeuerwerker fragte ihn nach seinem Namen; er antwortete in achtungswidriger Zone: „Unteroffizier Lange vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 86: Ich habe längst meine Ablösung gewünscht!“ — Während die anderen Unteroffiziere ihre Namen in vorchriftsmäßiger Haltung angaben, sagte der Unteroffizier L. vom Fuß-Artillerie-Regiment G. F. M. in höchst ungehörlicher Zone mit dreifacher Stimme: „Ich heiße Unteroffizier Brand vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 3 und bitte um meine Ablösung!“

Dem Befehle des Majors „wegzutreten“ wurde Folge geleistet. Auf der Wache hörte man fürchterlichen Lärm aus der Kaserne. Anscheinend wurde auf Tischen und Fußböden mit Füßen getrampelt, dazu erscholl wüthendes Gebrüll und aus einem Fenster in den Hof der Ruf: „Es lebe die Anarchie!“ Eine Anzahl Ordonanzen wurden geweckt und eine mit einem Gewehr nebst scharfen Patronen ausgerüstet. Inzwischen wurde gemeldet, daß der Unteroffizier Lange aus der Wache entwickelt sei. Als der Direktor nunmehr mit 3 Unteroffizieren und 12 Ordonanzen die Stuben, aus denen der Lärm gehdrt worden war, abging, war alles ruhig, die Inassen lagen ausgezogen in den Betten und schienen zu schlafen. Wer den Ruf ausgestoßen hatte, konnte zunächst nicht ermittelt werden. Da alles auch fernerhin ruhig blieb, wurden die Ordonanzen wieder entlassen. Unteroffizier Lange hat sich freiwillig gestellt und ist in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden, ebenso der Unteroffizier Brand.

Am anderen Tage und an den folgenden hat der Major Franz v. Stetten an die Schärer eine Ansprache gehalten und sie wiederholt aufgefordert, doch über die Vorgänge zu berichten, es sei doch ihre Ehrenpflicht, die Sache karzuzustellen. Nur ein Unteroffizier war sich seiner Pflicht bewußt und erstattete nähere Mittheilungen. Es wurde schließlich festgestellt, daß der verhaftete Unteroffizier Brand vom Fuß-Artillerie-Regiment Generalfeldzeugmeister den Ruf „Hoch lebe die Anarchie!“ ausgestoßen habe; ja er habe auch noch weiter gerufen: „Die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

Der Direktor der Oberfeuerwerker-Schule machte die betreffenden Mittheilungen an die höheren Instanzen, und darauf ist die Verhaftung der 188 ältesten Unteroffiziere erfolgt.

Aus dem Militärischen ins Menschliche übertragen, belagert diese Darstellung also, daß die Verhafteten vermöge ihrer höheren Bildung und Intelligenz einen geringen Theil derjenigen Freiheiten bei Abhaltung ihrer harmlosen Vergnügungen beanspruchten, die dem „Zivilisten“ sogar von der preussischen Polizei anstandslos gewährt werden. Dies vertritt sich nicht mit der militärischen Disziplin und es kam zu einer Katastrophe, die für einen Theil der tief bedauernswürthen Unteroffiziere die gräßlichsten Folgen haben wird. Wir erinnern hierbei nur an das Schicksal der braven Landwehrleute, die sich vor einer Reihe von Jahren dem Transport in einem Viehwagen widersetzt hatten, und an die bis zu 18 Jahren Buchhaus hinaufgehenden Strafen, die Anfang der sechziger Jahre wider eine Kompanie Soldaten in Graubünd verhängt wurde, welche einem später für irrthümlich erklärten Hauptmann unter außerordentlich verzeihlichen Umständen den Gehorsam oersagt hatte.

Jrgend eine politische Bedeutung legen wir dem Vorfalle nicht bei. Sollte es sich bestätigen, daß Aufrufe wie: „Es lebe die Anarchie!“ gefallen sind, so dürfte einem solchen Gefühlsausdruck aus dem Munde eines angeleiteten Unteroffiziers keine allzu tragische Bedeutung beizulegen sein.

Eine zweite Ueberführung von Soldaten nach einer Festung hat am Sonnabend von der Berliner Garnison aus stattgefunden. Wenn auch der Anlaß nicht so bedeutend ist, wie in Bezug auf die Oberfeuerwerker-Schüler, so liegt doch auch in diesem zweiten Falle ein Insubordinationsvergehen vor. Ehe das Kaiser Franz-Grenadier-Regiment Nr. 2 zum Manövre ausrückte, wurde der Füßler Wehrlich von der 10. Kompanie mit Arrest bestraft, weil er gegen den Befehl des Befreiten Stein, als Stubenältesten verloschen hatte. Seitdem herrschte gegen den Wehrlichen einige Erbitterung unter der Mannschaft, mit der die Stuben belegt war. Als nun die 10. Kompanie in Krendorf in einem Manöverquartier lag, hielt die Mannschaft den Augenblick für günstig, sich an Stein zu rächen. Man überfiel ihn in einer Scheune und prügelte ihn durch. Als muthmaßliche Thäter sind die Füßler Walter, Kholff, Mehlert und Siegel in Untersuchung genommen und nach der Festung Spandau gebracht worden.

Ueber eine eigenartige Zwangsmaßregel weiß das soult nur auf allerhand Pöpstlich dressekte „Kleine Journal“ zu berichten:

„In der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau sind die Beamten und Arbeiter durch Namensunterschrift verpflichtet worden, von jeder technischen Erfindung, deren Patentierung beantragt werden soll, den Vorgesetzten Mittheilung zu machen; letztere unterbreiten die Angelegenheit dem Kriegsministerium. Es sind nicht nur solche Erfindungen gemeint, die sich auf Waffen beziehen, sondern auch alle übrigen von dem Personal der Fabrik herrührenden Erfindungen.“

Wir nehmen an, daß die Nachricht des kleinen Monatsblätchens erlogen ist, denn soviel man auch auf großindustriellem Gebiete an Anrechnung der Arbeiter gewohnt ist, — so hat doch bisher noch kaum ein Unternehmer gewagt, auch die private Gedankenarbeit der von ihm Ausgebeuteten kraft seiner materiellen Uebermacht konzentrisch für sich zu beanspruchen. Und ein derartiges Verlangen sollte der Staat, der Staat der Sozialreform an die von ihm jeweilig exploitirten Steuerzahler stellen? Nimmermehr!

Das diese ja die wenigen, die jetzt noch nicht sozialdemokratischen Arbeiter mit Gewalt in die Arme des „Umsturzes“ treiben.

Der Centralrath der deutschen Gewerksvereine (Dürsch-Daucher) hat einer Mittheilung der „Berliner Zeitung“ zufolge am 1. Oktober ein „Arbeitsnachweise-Bureau für alle Berufe“ eröffnet. Das Bureau dürfte seitens der Berliner Unternehmerschaft, an die der Centralrath sich wendet, namentlich bei Bedarf an Streikbrechern verständnisvolle Beachtung finden.

Als Empfänger der Christen, welche es in der „Schlacht bei Leipzig“ gefehlt hat, meldet sich der Chefredakteur des „Kleinen Journals“, Herr Dr. Leipziger. Seiner Quittung hängt er die zeitliche Verlegenheitslos an, daß ihn die Geschichte weidlich amüßigt habe. Auf Seiten des Pöpstums, so können wir dem bedauernswürthen Opfer einer schlagfertigen Hand versichern, hat die scherzhafte Affäre ebenfalls ungeheilte Weiterkeit hervorgerufen. Es giebt trotz allem nämlich noch Gemüthmenschen in Berlin.

Die Gemeludeschul-Höfe als Spielplätze sind vorläufig noch Zukunftsmusik. Der Bericht der Schuldeputation theilt mit, daß bisher nur die Höfe der Doppelschulen Krauzstr. 49, Memelerstraße 24/25 und Mühlenstr. 49/50 als Spielplätze benutzt worden sind und fügt hinzu: „Eine Verallgemeinerung dieser Einrichtung soll allmählig durchgeführt werden.“ Bis wann? Da die spielenden Kinder von technischen Zeichnerinnen beaufsichtigt werden, denen eine Entschädigung gezahlt wird, so wird die „Verallgemeinerung“ ihrer „Kohspizigkeit“ wegen wohl bis zum Sankt-Nimmerleinstag auf sich warten lassen.

Arbeiter - Sanitätskommission. Von Herrn Hähner, Meherstr. 11, geht uns die Verichtigung zu, daß der in Nr. 227 unseres Blattes beschriebene Schlafraum eine Höhe von 2,60 m, eine Breite von 1,60 m und eine Länge von 4,33 m habe, also um ein ziemliches Stück größer sei, als von der Arbeiter-

Sanitätskommission angegeben. Auch hätten die Fenster ein Lichtmaß von 1 m Breite und 70 cm Höhe. Der Raum sei absolut trocken und das Fenster liege über der Erde; es könne nach seiner Ansicht keine Rede davon sein, daß dieser Raum den Anforderungen, die man an ein gesundes Schlafzimmer stelle, nicht entspreche.

Damit die Kreuzotter, die sich in diesem Sommer stark vermehrt hat, ausgerottet werde, hat der Kreisandschuß für Westhavelland eine Prämie von 50 Pf. für jedes gelöbte Exemplar ausgesetzt. Wann kommt die Zeit, wo den Reptilien ebenfalls der Krieg erklärt wird?

Einem ebenso abschaulichen wie gemeingefährlichen Geschäftshandel ist die Polizeibehörde von Weichensee auf die Spur gekommen. Dortige Gendarmen haben nämlich ermittelt, daß der Schächler Arnold seit langer Zeit einen schmerzhaften Handel mit verendeten Federziegen betreibt. Er kauft die großen Federzieghandlungen und Mastereien abzuhaufiren und für wenige Pfennige die beim Transport oder infolge von Krankheit eingegangenen Thiere zu erwerben. Diese schlachtet er kalt ab, rupft sie und bringt die so hergerichteten Kadaver als gesundes Fleisch zumest bei kleinen Leuten an, welche sich durch den scheinbar billigen Preis zum Anlauf verleiten lassen. In denjenigen Kästen, in denen die Haut der Kadaver schon Leichenflecke zeigt, zieht der Mann die Haut ab und giebt seinen Kunden an, das Thier habe sich schlecht rupfen lassen, dadurch sei die Haut unansehnlich geworden und habe abgezogen werden müssen, während das Fleisch gut sei. Wegen Arnold ist ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz eingeleitet worden, doch ist der Beschuldigte auf freiem Fuße belassen worden. Hoffentlich bringt die Verhandlung auch diejenigen Händler ans Tageslicht, die gewissenlos und profitwüthig genug waren, dem Arnold die ekelhaften Kadaver zu überlassen.

Gegen den vor längerer Zeit nach Paris verzogenen Bankier A. Sternberg Schweben auf ergangene Denunziation hin zwei Strafverfahren, deren eines geschäftliche, das andere private Dinge betrifft. Sternberg wurde zum Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter aufgefordert. Da derselbe, damals in Riga weilend, dieser Aufforderung nicht entsprecht und sich auf Einwendung schriftlicher Erwidern beschränkte, wurde Haftbefehl und Beschlagnahme des in Deutschland befindlichen Vermögenstheiles des Genannten gerichtlich verfügt. Die inzwischen stattgehabten Bemühungen, eine Erledigung auf schriftlichem Wege anzubahnen, hatten keinen Erfolg, und ist Sternberg daher nunmehr nach Berlin gekommen und hat sich freiwillig dem Gericht gestellt, damit die Untersuchung zu Ende geführt werden kann. Derselbe mußte gemäß der seiner Zeit ergangenen Verfügung vorläufig in Untersuchungshaft genommen werden, sein Anwalt hat aber die Aufhebung derselben eventuell gegen Kaution bereits beantragt.

Verkrüht wurde am Sonnabend Nachmittag um 4 Uhr der 25 Jahre alte Hausdiener Julius Kasper, der im Hotel Bristol, Unter den Linden 5, in Stellung ist. Zum Reinigen der Tafelbestecke hatte man heißes Wasser gemacht. Beim Abheben des Stessels stieß ein Theil des Inhalts über und verlegte den Hausdiener an den Oberarm und Kopf, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eindrecker haben in der Nacht zum letzten Donnerstag dem in Straßen belegenen Bootshaus der Ruderergesellschaft „Albatros“ einen Besuch abgestattet und aus einem Theil der Schränke eine Anzahl Kleidungsstücke mitgenommen.

Gleich nach der Trauung gesündigt wurde am Sonnabend ein neuvermählter Ehemann in Brigg, als das Brautpaar unter dem Gesolge zahlreicher Hochzeitsgäste die Kirche verließ. Kaum ins Freie getreten, wurde der Bräutigam von einem Gerichtsvolkshier, der sich in Begleitung eines Gendarmen befand, in Empfang genommen und an den Fluß des neben der Kirche belegenen Schulhauses gendigt, wo ihm alles Pfändbare abgenommen wurde. Trauung und Uhr wurden merkwürdiger Weise nicht mehr vorgefunden, dagegen ein geringer Gelddbetrag. Man kann sich denken, welches Aussehen dieser Fall im Orte erregt, da die betreffende Familie sehr bekannt ist und zu den „besseren“ gerechnet wird. Die Pfändung konnte dem jungen Ehemanne übrigens nicht unerwartet kommen, da er verurteilt worden war, bis Mittags 12 Uhr zu bezahlen und es sich um die Forderung eines armen betrogenen Mädchens handelte. Die junge Frau dürfte am meisten zu bedauern sein.

Kinderdrow? Am Sonntag Morgen 7 Uhr entdeckte ein Bäckerlehrling, der frühlich austrug, in dem Hause Fährbringerstraße 32 auf dem Boden der zweiten Etage ein kleines Pödel. Er fand darin die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts, an dessen Halsse Birgesecke vorhanden waren. Der Körper des Kindes war in alte, unsaubere Leinwand und in alte Bindeln gehüllt. Allem Anschein nach hat der neugeborene Knabe gelebt.

Polizeilich gesucht wird ein verschwundenes Kind, das allem Anschein nach entführt ist. Am 28. Juni d. J. hat eine Frau, die sich Meers nannte, die Wittve Wilschläger aus Neubrandenburg durch lügenhafte Vorspiegelungen überredet, ihr (der Meers) das 2 1/2 Jahre alte Tochterchen Anna Wilschläger anzuvertrauen; die Uebergabe der Kleinen ist auf dem Bahnhof in Passow erfolgt. Seit jener Zeit ist das Kind verschwunden und alle Nachforschungen der Staatsanwaltschaft waren bisher ohne Erfolg. Die Meers ist 40—45 Jahre alt, groß, schlant, blond und trug ein schwarzes Kleid und kleinen Hut. Das Kind hat blaue Augen und breite Nase und war mit einem grauarfarbenen Kleiden und rothem Tuchmantel bekleidet. Auf der linken Hand hat die kleine A. deutsche Narben von Brandwunden.

Zur Wucherarsäre. Wie der Rechtsanwalt Bronker mittheilt, ist die dieser Tage durch die Blätter gegangene Nachricht über den Stand der Wucherarsäre Treubers, Fabaschin und Genossen nicht zutreffend, als gegen seinen Klienten Fabaschin eine Anklage noch nicht erhoben sei, die Angelegenheit dieses Herrn sich vielmehr noch im Stadium des Vorverfahrens befindet.

Polizeibericht. Am 29. v. Mts. Vormittags schloß sich ein Mann in einem Gasthose drei Augen in den Kopf. Er wurde noch lebend in ein Krankenhaus gebracht. — In der Großen Frankfurterstraße erlitt ein Hausdiener dadurch schwere innere Verletzungen, daß ein von ihm gezogener Danubwagen durch einen vorchriftwidrig fahrenden Milchwagen angefahren und er selbst dabei auf das Pflaster geschleudert wurde. — In ähnlicher Weise verunglückte Nachmittags ein Lehrling in der Koppenstraße, indem er mit der Reichel eines Handwagens in das Hinterrad eines in der Fahrt befindlichen Arbeitswagens gerieth. Er wurde dabei zu Boden geschleudert, durch den Arbeitswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. — Nachmittags stieß auf dem Dakteplatz am Bahnhof Friedrichstraße ein Droschkensucher im Streit einen zweiten Rauscher zu Boden, wobei der letztere den Kopf brach. — Am 30. d. M. Morgens wurde auf der Treppe eines Hauses in der Fährbringerstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes, das anscheinend erhängt worden ist, aufgefunden. — In der Kaiser-Wilhelmstraße wurde Vormittags ein Arbeiter mit einer schweren, anscheinend von einem Falle herabhängenden Verletzung am Hinterkopfe angetroffen und nach der Charitee gebracht. — Im Landwehrkanal, an der Thielesbrücke, wurde die Leiche eines Mannes angeschwemmt. — In der Markuststraße wurde ein Mädchen durch einen im Trade um die Ecke biegenden Geschäftswagen überfahren und an den Beinen erheblich verletzt. — Nachmittags versuchte ein Mann in der Wohnung eines Verwandten, in der Conradsstraße, sich zu erschießen. Er verletzte

sich jedoch nur leicht an der Brust. — Am Köstbuser Ufer sprang Abends ein Mann in den Randwehrkanal. Er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und in ein Krankenhaus gebracht. — An der Ecke der Pychener- und Dänzigerstraße wurde ein auf einem Möbelwagen fahrender Mann durch einen vorüberfahrenden Geschäftswagen herabgerissen und am Arme schwer verletzt. — Abends erhängte sich ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Fährbringerstraße. — Am 29. und 30. v. M. fanden fünf kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 1. Oktober 1894.

Stationen.	Barometer-Haus in mm. red. auf 0.760 m. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (Tag, um 4 P.).
Swinemünde.	772	NO	1	wollig	10
Hamburg.	775	NO	1	bedeckt	9
Berlin.	773	NO	3	bedeckt	8
Wiesbaden.	771	N	3	wollenlos	9
München.	765	NO	5	Regen	5
Wien.	764	N	3	Regen	7
Papazanda.	767	NO	4	wollenlos	6
Petersburg.	—	—	—	—	—
Cort.	773	S	5	wollig	14
Aberdeen.	775	SW	2	halb bedeckt	10
Paris.	771	NO	2	wollenlos	4

Wetter-Prognose für Dienstag, den 2. Oktober 1894. Kühle, zeitweise helteres, vielfach wollliges Wetter mit frischen östlichen Winden; feine oder unerhebliche Niederchläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Bei der gestern fortgesetzten Verhandlung des Seisenprozesses Lehner und Genossen führte der Angeklagte K o h eine lärmende Szene auf, wie sie auch an dieser Stelle selten vorgekommen sein dürfte. Koh ist der Hauptbelastete und die Wahrnehmung, daß seine Sache mehr und mehr verloren geht, hat ihn in einen Zustand höchster Gereiztheit gebracht. Er stellt jetzt fortwährend neue Entlastungsanträge, die selbst die Langmuth des nachsichtigen Vorsitzenden erschütterten. Als er gestern wiederum einen Antrag auf Vernehmung einer neuen Zeugin gestellt hatte, beantragte der Staatsanwalt die Ablehnung dieses Antrages, da es augenscheinlich nur auf eine Verschleppung abgesehen sei. Nun bemächtigte sich des Angeklagten eine furchtbare Erregung; er schlug mit den Fäusten auf die Schranke der Anklagebank und schrie den Gerichtshof an: Zum Donnerwetter, was soll ich dann noch hier? Ich will abgeführt sein, ich will in meine Zelle. Ich erkläre hiermit, daß ich diesem Gerichtshof überhaupt nichts mehr antworte. Ich will abgeführt sein! — Der Staatsanwalt drohte mit strengen Arreststrafen, die Erregung des Angeklagten freizerte sich aber immer mehr und unter heftigen Gestikulationen schrie er weiter: Geben Sie mir meinetwegen 40 Jahre oder gleich zeitlichen Arrest; mir ist Alles egal, ich werde kein Wort mehr auf die Anklage erwidern. Acht Monate habe ich schon in Untersuchungshaft, beim Untersuchungsrichter bin ich nur ganz kurz vernommen worden und hier werden meine Anträge abgelehnt. Was soll ich hier? Ich will abgeführt werden, sonst passieren Unannehmlichkeiten! — Während der Vorsitzende den Vorfalle protokolllarisch feststellen ließ, bestärkten die Mitangeklagten den K o h, doch vernünftig zu sein und ihnen ihre Lage nicht zu verschlimmern; dieser aber tobte weiter und blieb bei der Versicherung: er werde jede weitere Verhandlung in seiner Gegenwart durch fortgesetztes Schreien und Standalorien unmöglich machen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Berathung, den Angeklagten abführen zu lassen und in seiner Abwesenheit zu verhandeln. Nach der Bestimmung der Straf-Prozessordnung muß in solchem Falle ein Angeklagter mit dem Inhalt der in seiner Abwesenheit abgegebenen Zeugenaussagen bekannt gemacht werden. Als der Angeklagte Koh zu diesem Zweck wieder in den Saal geholt wurde, fragte ihn zunächst der Vorsitzende ruhig, ob er das, was ihm vorchriftsmäßig mitgetheilt worden müsse, ruhig anhören, oder ob er, seiner Drohung entsprechend, Lärm machen wolle. Der Angeklagte, der sich noch in sehr erregtem Zustande befand, erklärte, daß man ihn nur ganz in Ruhe lassen solle; er wolle unter keinen Umständen etwas hören und würde sich eventuell die Ohren verstopfen! Der Angeklagte schüttete sich denn auch gegen eine Entgegennahme der Mittheilungen des Vorsitzenden dadurch, daß er die Daumen beider Hände in die Ohren steckte. Der Gerichtshof hielt es nicht für angemessen, den Gerichtssaal zur Stille einer solchen Komödie machen zu lassen und verfügte abermals die Abführung des Koh. Nach einiger Zeit überbrachte der Gerichtsbdiener die Meldung, daß der Angeklagte in der Zelle versucht habe, sich die Pulsadern zu öffnen und vom Gefängnisarzt habe verbunden werden müssen. Auf Antrag des Staatsanwalts verfügte hierauf der Gerichtshof, daß Koh zu fesseln sei, so weit nach ärztlichem Gutachten dies statthaft erscheine. — Die Beweisaufnahme hat auch gestern dasselbe Bild, wie an den vorangegangenen Sitzungstagen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt wohnte seit gestern auch ein Sachverständiger der Kurzwaren-Branche den Verhandlungen bei.

Vermischtes.

Proffzella, 30. September. Der hier in der Nähe gelegene Schiessbruch ist zusammengeklüft. Fünf Personen sind getödtet worden. Sieben Arbeiter wurden aus einem Nebengange an einem Seile herausgezogen. Von den Leichen ist erst eine geborgen. Die Ausgrabung der übrigen vier Verschütteten dürfte Wochen in Anspruch nehmen, da sie unter 30—40 Meter hohen Steinmassen liegen. Das Unglück wird auf das anhaltende Regenwetter zurückgeführt.

Florenz, 29. September. In dem Hause des Vermögensverwalters mehrerer reicher Familien, Corsini, wurde ein Einbruch verübt, bei dem eine Truhe mit einer Million Franhs in Geld und Werthpapieren aus dem Arbeitszimmer entwendet wurde.

Chateaudun, 1. Oktober. Die hiesigen Journeemagazine der Armee sind niedergebrannt; eine Million Zentner Heu wurde dabei vernichtet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffe (Zwei Wuchshaben oder eine Gast) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Richard W. In Berlin ist nur vollständig verboten, Stoff, Hieb- oder Schusswaffen, welche in Stücken oder Aöhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feil zu halten oder mit sich zu führen. — Die von Ihnen gedachte Verurtheilung erfolgte nicht wegen Tragens einer Waffe, sondern wegen angeblicher Unterschlagung. Der Verurtheilte war als Fährer nach dem preussischen Ausführungsgesetz zweifellos zur Aufbewahrung der Waffe berechtigt.

N. P. 102. Ueberweisen Sie dem Magistrat Ihren Anspruch gegen die Kaffe und den Arbeitgeber; theilen Sie ihm das schriftlich mit.

L. D. Ja, aber nicht für Riedorf.

C. R. Sollte das Amtsgericht auf Strafe erkennen, so legen Sie Verurkung ein und übersenden uns dann gelegentlich Abschriß des Urtheils.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauer- Arbeiter gingen ferner ein: Gesammelt vom Gesangverein Georgina 4,72. Einsegnung Marienburgerstraße, d. R. gesammelt 1,80. Alt-Hartmannsdorf 4,--. Uebersicht einer amerik. Auktion, Gesangverein Freiheitsgruß 1,20. Americ. Auktion b. S. Paul, Brauereistr. 63, für einen Kürbis 2,75. Nordd. Schleiße, amerik. Auktion, Abschiedsfeier bei Herschleb 7,50. Von einer russischen Dame

5.--. Rothe Kindtaufe, Weidenweg 73, 2,10. B. B. G. 40 1.--. Americ. Auktion beim Jahlabend b. Balusche 5,75. Ges. von den Buchdruckergehilfen i. Strassburg i. G. 55,58. Tischler der Tischlerei Martens, Thurmstr. 59, 5,10. Von vier Schneidern aus dem Zukunftsstaat vom Stat 2,50. Steinträgerkolonne Bau Chausseestr. 33, 3. Rate 5,10. Von den Diszassirenden d. Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Tischler, Berlin G., 5.--. Von den Kohlenstaub-Brüdern aus der Böhlerstraße 2.--. Teilhonorar für einen Vortrag Arbeiter-Bildungsschule Südost

3.--. Arbeiter und Vorstand der Genossenschafts-Bäckerei, 8. Rate 13,95. Bierprocente von den zielbewußten Arbeitern der Fabrik Deiters 8,15. Möbelfabrik von Nikolaus Rohwer, Ritterstraße 49 9,30. Tischlerei Jungnickel, Langestraße 109 2.--. Tischlerei Lönsmann u. Ko., Ackerstr. 182/183, 2. Rate 11,15. Summa 158,45 M. Bereits quittiert 11 825,43 M., in Summa 11 488,88 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 2. Oktober. Opernhaus. Die Walfäre. Schauspielhaus. Basantafena. Festung-Theater. Wohltäter der Menschheit. Deutsches Theater. Die Weber. Schiller-Theater. Der Weineidbauer. Neues Theater. Perrichon's Reise. Friedrich-Wilhelms-Abd. Theater. Der Bogenhändler. Residenz-Theater. Demi-Monde. Berliner Theater. Unter vier Augen. Klobe. Theater Unter den Linden. Der Heus in der Unterwelt. Bellealliance-Theater. Kyth-Byrth. Adolph Ernst-Theater. Lolotte's 28 Tage. Central-Theater. O! diese Berliner! Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Der alte Sänder. National-Theater. Der Mikado oder Ein Tag in Japan. Vorher: Ein kleines Missverständnis. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Dienstag, 2. Oktober, Abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Der Weineidbauer. Volksstück in 3 Akten von Ludwig Angenruder. Mittwoch, 3. Oktober, Abends 8 Uhr: Der Weineidbauer. Donnerstag, 4. Oktbr., Abends 8 Uhr: Die Räuber. Freitag und Sonntag: Der Weineidbauer. Sonnabend: Der Weichenfresser.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen. Gastspiel der Lilliputaner, der berühmten sieben Zwergge mit eigener vollständiger Theater-Gesellschaft. Der Mikado oder: Ein Tag in Japan. Parodistische Ausstattung-Posse mit Gesang und Evolutionen in zwei Akten u. einem Vorspiel v. Max Raubner. In Szene gesetzt von Arthur Ramin. Vorher: Ein kleines Missverständnis. Lustspiel in 1 Akt. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Vaudeville-u.Variété-Theater Dresdenstr. 52/53 (City-Passage). Der Bombardier im Feuer! Posse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern. Aufstrecken der weltberühmten Kraft-Gladiatoren Mr. Mounier und Miss Josephine in ihren außerordentl. Leistungen. Entree 20 Pf. Refere. Platz 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. R. Winkler.

Adolph Ernst-Theater

Zum 24. Male: Lolotte's 28 Tage. Gesangsposse in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Roger. (Novität.) Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Rorbürg. In Szene gesetzt v. Ad. Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Direktion: Richard Schulz. Emil Thomas a. G. Anna Baders. Josefine Dora. Zum 30. Male: O! diese Berliner! Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Cindochhofer. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der größte Mensch der Welt. Prinzess Topase das kleinste Menschenkind. Mexikanische Riesen-Cacteen in noch nie gesehener Größe.

Circus Renz

Carlstrasse. Dienstag, den 2. Oktober 1894, Abends 7 1/2 Uhr: Auf auf zur frühlichen Jagd. Prachtvoller Wagen-Korso, drei Viererjüge, darunter 2 Mailcoaches, Parforce- und Cascadenritt. Außerdem: Der ostpreussische Hengst Blondel und Monstre-Tableau von 60 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Bolero, geritten von sechs Damen und 6 Herren. Die Post mit 12 Pferden, geritten von Herrn Gustav. Der Esel zu Pferde. Mr. Lavater Lee u. f. w. 160 Pferde in der Manege. Mittwoch: Auf auf zur frühlichen Jagd. Sonntag: Auf auf vielseitigen Wunsch aus Familienreisen: Um 12 Uhr: Matinée (anstatt der Nachmittags-Vorstellung) bei ermäßigten Preisen. Fr. Renz, Kommissionsrath und Direktor.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Heute Abend 8 1/2 Uhr Zusammenkunft der Sänger Auguststraße 65 bei Weis. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.

Bersammlung Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Jubel, Lindenstraße 106. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Bernstein über: Entwicklungsbahnen der Menschen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, event. Anträge und Fragen. Mitglieder werden aufgenommen. - Gäste haben Zutritt. Die Jahressellen des Vereins befinden sich bei: Schmidt, Restaurateur, Diessendachstr. 34. Lindemann, Rest., Moritzstr. 9. Windthorst, Cigarrenhbl., Sunterstr. 1. Müller, Rest., Gräselstr. 31. Schröder, Cigarrenhbl., Kreuzbergstr. 15. Grubbs, Rest., Mariendorferstr. 5. Lüdtko, Rest., Jossenerstr. 10. Sasse, Rest., Marktgrabenstr. 102. Werner, Rest., Bälowstr. 59. Paller, Rest., Pallasstr. 16. Kitzing, Rest., Belle-Alliancestr. 74. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu begleichen, um die neuen Mitgliedsbücher einzutauschen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Görlitzer Viertel).

Große öffentliche Bersammlung. Dienstag, den 2. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Ulrich, Waldemarstraße 75. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Arthur Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben freien Zutritt. Auch werden neue Mitgliedsbücher und Schriften ausgegeben. Um zahlreiches Erscheinen zu dieser Bersammlung ersucht Der Vorstand.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 3. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr, im Versammlungslokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75: Oeffentliche Bersammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Sperre der Pianofabrik von Höhne & Sell. Referent: Kollege Scholz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu dieser Bersammlung sind die Herren Höhne und Sell, sowie der Restaurateur Puschel schriftlich eingeladen. 197/16 Die Kommission.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomen. Die Hexenschänkel, neueste Musikion. Unserm Freund und Kollegen Otto Burkhard zu seinem 40. Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch, daß die Weckerlachen. Seine Kollegen. Allen Genossen, Freunden und Bekannten zeigen hiermit die glückliche Geburt eines gesunden Jungen an Paul Abromeit und Frau, 883/9 SW, Blücherstr. 69. Abonnements auf den 58b „Vorwärts“ für den Osten Berlins nimmt entgegen Martin Graebke, Langestr. 74. Stahlfest. 140 ist ein Vereins-, immer mit Klavier zu vergeben. Pichelsdorfer Bier. 145b Regulateurs, größtes Lager Berlins, Taschenuhren. M. L. Böttcher, Friedensstr. 101 (am Landb. Platz). Die besten u. billigsten Stempel macht Berlin NW. 5. Gohkowskystr. 5. Geschäftstempel von 1 Mark an. Datumstempel von 2,50 an. Invalidentät-Entwerthungstempel in Blechkasten 2 M. Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich in der Putzstr. 9 ein Weiss- und Bairisch-Bierlokal eröffnet habe. 1485 Johann Pfarr.

Georg Wagner Uhrmacher,

Oranienstr. 65, 1 Tr. Bitte auf die Hausnummer zu achten. Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, geschliffen gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5735L. Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig.

Georg Wagner Uhrmacher,

Oranienstr. 65, 1 Tr. Bitte auf die Hausnummer zu achten. Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, geschliffen gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5735L. Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig.

Georg Wagner Uhrmacher,

Oranienstr. 65, 1 Tr. Bitte auf die Hausnummer zu achten. Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, geschliffen gestempelt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5735L. Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig.

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

heute, Dienstag, den 2. Oktober, Abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitsniederlegung der Maschinenmeister in der Buchdruckerei Bügenstein, Benstein, Becker & Co. 2. Diskussion. Es ist Ehrensache sämtlicher Maschinenmeister Berlins in dieser Bersammlung zu erscheinen. Der Einberufer: Massini.

Gr. Volksversammlung

zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule am Mittwoch, den 3. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in Siebig's Salon, Gr. Frankfurterstr. 28. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emanuel Wurm über: Die Chemie des täglichen Lebens. 2. Diskussion. Auf diesen Vortrag werden besonders noch alle Frauen-Bildungsvereine wie die Genossen des vierten Wahlkreises aufmerksam gemacht. Zur Deckung der Unkosten wird ganz nach Belieben ein kleines Entree erhoben. Der Einberufer.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Zwei öffentliche Bersammlungen Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolberger Straße Nr. 23. Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Klubhaus „Südost“, Waldemarstraße Nr. 75. Tagesordnung in beiden Bersammlungen: Der Streik in der Waggonfabrik in Güstrow. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Naether, N. Anklamstr. 44.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes

für Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße 32: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: Erziehungs-Methoden. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. 110/6 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Filiale Schöneberg. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kessner, Grunewaldstraße Nr. 110: General-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verwaltung.

Verein der Plätterinnen

und verwandten Berufsge nossen Berlins. Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, in Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstr. 15: Große Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Christoller über: Die Berufskrankheiten der Arbeiterinnen. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht. 4. Wahl von drei Revisoren. 5. Verschiedenes. Beiträge können entrichtet werden. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten. Auch werden die Plätterinnen u. f. w., welche gesonnen sind, dem Verein beizutreten, gebeten, zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Achtung! Tapezirer. Achtung!

Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße Nr. 37: Gr. öffentl. Bersammlung aller im Tapezirergew. beschäftigten Personen. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über den Stand des Streiks. 2. Diskussion. Die Agitations-Kommission.

Achtung! Gewerkschaften Charlottenburgs. Achtung!

Donnerstag, den 4. Oktober 1894, im Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstraße 39: Große öffentliche Bersammlung sämtl. Gewerkschaften Charlottenburgs. Tages-Ordnung: 1. Zweck und Nutzen der Gewerkschafts-Kartelle und wie stellen wir uns zur Gründung eines solchen. Referent: Genosse Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 254/17

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Zur Verfolgung der Gewerkschaften in Sachsen.

Wir haben bereits des öfteren über die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften seit längerer Zeit in Sachsen ausgesetzt sind, zu berichten gehabt; erst vor kurzem brachten wir die Nachricht von der Auflösung des Metallarbeiter-Verbandes wie der Maurerorganisation. Die Auflösung des Textilarbeiter-Verbandes, der in Sachsen eine nicht geringe Ausbreitung hat, war schon früher erfolgt.

Eine Folge der Auflösung waren zwei Prozesse, die sich am 21. bezw. 25. September vor den Schöffengerichten zu Stolberg und Dohna abspielten und durch welche den polizeilichen Maßnahmen der gerichtliche Siegel aufgedrückt werden sollte. Das ist auch tatsächlich geschehen, da die polizeilichen Maßnahmen durch die Verurteilung der Angeklagten als berechtigt anerkannt wurden.

Die Anklagen stützen sich auf die §§ 24 und 88 c des sächsischen Vereinsgesetzes; es wurde den Angeklagten, je nach ihrer Stellung, die sie in der Organisation einnahmen, zur Last gelegt, 1. Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, polizeilich nicht angemeldet zu haben; 2. Statuten und Mitgliedslisten jener Vereine der Polizei verweigert zu haben; 3. Ein Inverbindungtreten jener Vereine mit einander zugelassen zu haben; 4. jene Vereine noch unterhalten oder ihnen angehört zu haben, nachdem bereits die polizeiliche Auflösung derselben verfügt war.

Gegen diese Anklage hatten sich im ganzen 28 Personen zu verantworten, die, wie wir vorweg berichten wollen, mit Geldstrafen von 60 bis 6 M. belegt wurden. Sie bestritten sämtlich und in allen Punkten ihre Schuld; dieselbe wurde auch durch die vernommenen Zeugen nicht erwiesen; die Zeugenaussagen konnten die Anklage höchstens in ihren Vermutungen und vagen Annahmen bestärken. Die Angeklagten schienen sich der richterlichen Auffassung, daß ein Zweigverein ein selbständiger Verein im Sinne des Gesetzes sei, anzuschließen, behaupteten aber, niemals einen solchen Zweigverein gebildet beziehungsweise geleitet oder ihm auch nur als Mitglieder angehört zu haben. Sie wollten weder Filialen noch Abteilungen des Textilarbeiter-Verbandes unterhalten haben, keine selbständige und unabhängige Leitung der Mitgliedschaften kennen, sondern unter Aufsicht und Kontrolle des Verbandsvorstandes in Berlin stehen, also nur Einzelmitglieder des Verbandes sein, für die eine vom Vorstande ernannte Vertrauensperson die Geschäfte mit demselben besorgt.

Gegen diese Form der Organisation hat die sächsische Gerichtsbarkeit bis jetzt nichts einzuwenden, was für Organisationen, welche in Sachsen festen Fuß gefaßt haben, von großer Bedeutung ist. Es ist das die wichtigste Lehre, die aus den beiden Prozessen gezogen werden konnte und deren Anwendung nicht warm genug empfohlen werden kann. Durch die ausgedehnte Anwendung dieser Lehre muß endlich festgestellt werden, ob die sächsischen Gerichte nichts gegen die lose, unabhängige Einzelmitgliedschaft haben, so lange sich nicht ein anderer Punkt findet, an dem man die Gewerkschaften fassen kann, oder ob sie es mit der Ansicht, daß die Einzelmitgliedschaft nach sächsischem Gesetz erlaubt sei und keine dem Gesetz zuwiderlaufende Verbindung darstelle, wirklich ernst meinen. Ist das letztere der Fall, so werden die Zentralverbände endlich wissen, wie sie in Sachsen zu organisieren haben. Die Vorstände haben dann einfach eine Person zu ernennen, welche die Beiträge der am Orte befindlichen Einzelmitglieder zu kassieren und dem Vorstande einzusenden hat; außerdem kann dieselbe vielleicht noch das Verbandsorgan an die Mitglieder ausliefern, hat sich im übrigen aber aller Handlungen zu enthalten, die den Anschein erwecken könnten, sie sei der Beauftragte der am Orte befindlichen Mitglieder. Ist er der Beauftragte jener, so wird er zum Leiter derselben; wo eine Leitung, da ist auch nach Meinung der sächsischen Behörden ein Verein vorhanden, der den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes unterliegt, sobald er sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt. Da das nach sächsisch-richterlicher Auffassung bei den Gewerkschaftsorganisationen der Fall ist; dürfen sie nicht mit einander in Verbindung treten, was sie aber schon durch die bloße Thatsache des Verbundenseins mit einander thun. Ihre Verfolgung ist dann unaussprechlich.

Der Einwand der Angeklagten, daß bei Bestrebungen des Vereins, welche öffentliche Angelegenheiten berühren, — wie eine geregelte, der modernen Technik entsprechende Arbeitszeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertags-, sowie der Ueberstundenarbeit, Vornahme statistischer Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Regelung des Verkehrs- und Herbergwesens, sowie des Arbeitsnachweises — nur für die Mitglieder des Vereins gepflegt werden und daher für den Verein interne, aber keine öffentliche Angelegenheiten seien, wurde mit dem Gegenwande, daß sie doch gegenwärtig öffentliche Einrichtungen und Bestrebungen seien und als Nachahmung das öffentliche Interesse berühren, ja beunruhigen, entkräftet. Auch der Einwand eines der Angeklagten, daß der Verein sich auf Grund des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gegründet habe, diese aber als Reichsgesetz über dem sächsischen Landes-Vereinsgesetz stehe, wurde als unzutreffend zurückgewiesen. Wie der Angeklagte selbst zugab, sagte der Richter in der Begründung des Urtheils, sind die Bestrebungen des Textilarbeiter-Verbandes öffentliche und darum steht der Verband nicht unter dem Schutze des § 152 der Gewerbe-Ordnung, nach welchem sich die Arbeiter zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen wohl über das ganze Reich verbinden könnten, sich aber in dem Augenblick außerhalb des Schutzes der Gewerbe-Ordnung begeben, wo sie sich außer mit Lohnfragen auch mit solchen Fragen beschäftigen, die schon vorhandene öffentliche oder doch schon öffentlich besprochene Einrichtungen betreffen.

Die Zentralverbände brauchen also nur auf die Erörterung solcher Fragen und Einrichtungen zu verzichten und sich nur auf das Bestreben zur Erringung höherer Arbeitslöhne zu beschränken — und das sächsische Vereinsgesetz wäre außer Kraft gesetzt; sie könnten dann Filialen und Abteilungen auch in Sachsen unterhalten. Da sie aber in ihrem eigenen Lebensinteresse auf die Erörterung solcher Fragen und Einrichtungen nicht verzichten können, dürfen sie, um der sächsischen Verfolgungslust die Spitze zu nehmen, in Sachsen keine Mitgliedschaften bilden, sondern nur Einzelmitglieder aufnehmen.

Vielleicht findet die Deduktionstheorie der sächsischen Behörden in dieser Einrichtung endlich ein Hindernis, vor dem sie Halt zu machen gezwungen ist.

Gerichts-Beitrag.

Die erste Verurteilung wegen Verbreitung eines Boykottinzerats im Bezirk des Königl. Kammergerichts unterlag am Sonnabend der Nachprüfung der achten Strafkammer am Landgericht I. Der „Vorwärts“ hatte ein „Eingekauft“ des Drechlers Teufel veröffentlicht, in welchem die Genossen ersucht wurden, das Lokal des Gastwirths Kleinschewski in Johannisthal zu meiden, da dieser Gastwirth den Sozialdemokraten seine Säle nicht zur Abhaltung von Versammlungen gebe etc. Wegen der Veröffentlichung dieses Inzerats wurden sowohl der Einförder, als auch der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Schmidt, des groben Unfugs angeklagt, und das Amtsgericht I hielt die Angeklagten wirklich für schuldig und erkannte auf je 50 M. Geldstrafe. Hiergegen legten die Angeklagten Berufung ein, und Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß es sich hier um die erste Verurteilung im Bezirke des königlichen Kammergerichts handle, und deshalb die Rechtsfrage, ob durch ein solches Boykott-Inzerat grober Unfug begangen werden könne, von ganz hervorragender Bedeutung für das ganze öffentliche Leben sei. Die Oberlandesgerichte Dresden und Naumburg hätten allerdings die Frage bejaht und dabei erklärt, daß für sie die Rechtsanfertigung des Reichsgerichts über den Begriff des groben Unfugs nicht bindend sei. Schon die Provenienz der groben Unfugs-Paragrafen und die Verbindung mit ruhestörendem Lärm gehe dahin, wie auch Oshausen in seinem Kommentar sage, daß die öffentliche Ordnung liebende Publikum zu schätzen; es solle der bubenhafte Lärm unterjagt und die Interessen des Publikums geschützt werden. Seien nun aber die Interessen des Publikums verletzt worden? Das Publikum sei der Gegenstand von Einzelnen und auch die nichtgepörrten Gastwirths, auch die Sozialdemokraten gehörten zum Publikum. Alle diese Leute seien durch das Inzerat nicht verletzt und auch die nicht, welche mit dem Vorgehen der Sozialdemokraten sympathisiren. Dadurch, daß man den Gastwirths Gäste entziehe, könne überhaupt das Publikum als Ganzes nicht verletzt werden. Auf andere Weise von Lokalen könne das Inzerat schwerlich Wirkung ausüben. Dies sei hier aber auch gleich, denn nicht um einen Interessententritt handle es sich, sondern das Publikum umfaßt die Gesamtheit, und durch die Rechtsnorm solle nur das Interesse des Publikums auf Bestand der öffentlichen Ordnung geschützt werden. Das öffentliche Interesse könne ja auch dadurch verletzt werden, daß psychische Verwirrung und Bestürzung erzeugt werde; das Gesetz wolle aber auch da nur vernünftige und berechtigte Interessen schützen. Es kann ja auch Leute geben, die sich an der Macht der Sozialdemokratie ärgern und sich darüber ärgern; solche Leute wolle das Gesetz nicht schützen, denn es sei klar, daß die gesetzliche Agitation nichts enthalte, was zu Angst berechtige. Gerade durch das Inzerat werde aber auch den Gewerbetreibenden gezeigt, was sie zu thun haben, um sich vor Schaden zu bewahren, und kein vernünftiger und vorurtheilsloser Mensch werde sich darum ärgern, daß jemand da, wo man ihn nicht dulde, auch kein Bier trinken wolle; ja der Unfug erfordere es schon, daß man dort, wo man hinausgeworfen werde, auch nicht mehr verkehren solle. Das Landgericht II habe in einem Erkenntniß geradezu gesagt, daß Verkehren des Bieres sei der Preis für das Benutzen des Lokals, der Eine giebt, der Andere nimmt, und Jeder habe das Recht, sein Bier zu trinken, wo er wolle. Wenn die individuellen Interessen eines Gastwirths verletzt würden, was gehe dies das Publikum an? Nur diejenige Verletzung des Gefühls, die schon äußerlich etwas Grobes und Hohes zeige, könne als grober Unfug bestraft werden, hier aber sei die Aufforderung an die Genossen, dies und jenes Lokal nicht zu besuchen, äußerst ruhig und anständig gehalten. In einer Strafsache in Magdeburg, wo wegen eines Boykott-Inzerats Verurteilungen erfolgt seien, habe die Sache wesentlich anders gelegen, denn dort seien die Professionen nicht nur gegen die Gastwirths gerichtet gewesen, sondern auch gegen die Genossen, welche nicht Folge leisteten. Schließlich sei die ganze Materie schon im Strafgesetzbuch geregelt, und dort sei die Aufforderung zum Boykott nicht unter Strafe gestellt, während sogar die Verurteilung im § 153 der Gewerbe-Ordnung besonders geregelt sei, wie ja auch das Auffordern zu jeder strafbaren Handlung durch bestimmte Gesetzesparagrafen mit Strafe bedacht sei. Der § 300 ad II des Strafgesetzbuches sei kein Blanket, um etwaige Lücken auszufüllen. Die politische Bedeutung des Falles sei klar, denn von allen Klassen, Ständen und Parteien werde die Praxis genau so geübt wie hier von den Sozialdemokraten. Die Offizierkorps bojkottirten ebenso wie alle Gesellschaften und Vereine, und wenn dies auch nicht so öffentlich geschehe, wie es hier der Fall sei, so ändere dies an der Sache nichts. — Staatsanwalt Dr. Herisch hielt namentlich die letzteren Gründe nicht für zutreffend. Es solle der Verteidigung angegeben werden, daß es wirklich Fälle geben könne, in denen eine öffentliche Boykott-Aufforderung straflos sei, hier aber liege ein solcher strafloser Fall nicht vor und deshalb sei die Verurteilung zu verwerfen. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der § 300 St.-G.-B. hier keine Anwendung finden könne, denn schon seine Stellung im Strafgesetzbuch als auch die Zusammenstellung mit ruhestörendem Lärm lasse dies ausgeschlossen erscheinen. Schließlich könne es auch nicht genügen, wenn ein Interessententritt verletzt werde. Der Gerichtshof sei nicht in der Lage, die enge Begrenzung des Begriffs Publikum, welche der Vorderichter getroffen, zu billigen. Hier habe nicht einmal der volle Gastwirthspreis beunruhigt werden können, sondern nur die Gastwirths, welche ihre Säle nicht zu Versammlungen hergeben wollten, und diese hätten doch von vornherein auf den Besuch der Sozialdemokraten verzichtet müssen. Das Publikum habe durch das Inzerat nicht beunruhigt werden können, da nicht zu Gewaltthatigkeiten aufgefordert worden sei, und wenn man sich vielleicht auch sagen müsse, das Verbot hätte zu Ausschreitungen führen können, so sei dies nur eine denkbare, nicht gewollte Möglichkeit. Die Aufforderung enthalte nichts Strafbares, und es sei der Verteidigung auch darin gefolgt worden, daß die Materie der strafbaren Aufforderungen im Strafgesetzbuch etc. abgeschlossen sei. Der Gerichtshof habe deshalb das Vorderurtheil aufgehoben und die Angeklagten freigesprochen.

Der sache und für die Öffentlichkeit höchst gleichgiltige Zeitungskrieg, den der Briefkasten des „Kladderadatsch“ eine geraume Zeit hindurch gegen den jetzigen Gesandten in Hamburg, Geh. Legationsrath v. Kiederlen-Wächter führte, hat letztendlich seinen Abschluß in einer „Zweikampf“ genannten Kauferei gefunden, bei welcher sich der Redakteur des „Kladderadatsch“ Polstorff und Herr v. Kiederlen-Wächter gegenüberstanden. Der Zweikampf fand am 18. April dieses Jahres im Grunewald, in der sogenannten Spandauer Forst statt und hatte für Herrn Polstorff einen blutigen Ausgang. Die beiden Duellanten hatten sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II (Vorstandender Landgerichts-

Direktor Rendhoff wegen Zweikampfes mit tödtlichen Waffen zu verantworten. Der Thatsache wurde beiderseits ohne weiteres zugegeben. Herr v. Kiederlen erklärte: Es waren im „Kladderadatsch“ einige Zeit hindurch Angriffe gegen seine Person erschienen. Nachdem Herr Polstorff in einem Privatbriefe die Verantwortlichkeit für diese Angriffe übernommen, habe er diesen zunächst zur Zurücknahme der Beleidigungen auffordern lassen, und als diese abgelehnt wurde, den Regierungsrath von Buch nochmals zu B. hingeschickt, um diesen aufzufordern, entweder die Beleidigungen zurückzunehmen, oder sich im Zweikampf zu stellen. Herr Polstorff habe sich zu letzterem nach vier Wochen bereit erklärt und so habe am 18. April das Duell stattgefunden. Die Verabredungen lauteten auf gezogene Pistolen mit Visir, 15 Schritte Distanz und fünfmaligen Kugelwechsel. Jeder der Duellanten schoß zwei Mal vergeblich, beim dritten Kugelwechsel drang eine Kugel Herrn Polstorff in die rechte Achselhöhle und verletzte die Lunge. Der Verletzte hat fünf Wochen in der Klinik zugebracht, dann noch einige Wochen sich zu Hause gehalten, ist aber, wie er versichert, jetzt vollständig wiederhergestellt. Er sei aufgefordert worden, zu erklären, daß er mit den Angriffen nur die Sache und nicht die Person habe treffen wollen, daß sei aber nicht möglich gewesen, da sich die Sache von der Person nicht habe trennen lassen. — Recht interessant und bezeichnend ist die Anklage des Staatsanwalts Lademann. Der Herr Staatsanwalt erwog bei der Stellung der Strafanträge den Anlaß des Zweikampfes, die schweren Folgen desselben und die schweren Bedingungen, die gestellt waren. Herr Polstorff habe durch seine Weigerung, die Beleidigungen zurückzunehmen, den Gegner auf den jählichen Weg gedrängt, den er bestritten, der Weg sei in der That nicht als der richtige anzuerkennen, man müsse dabei aber doch Rücksicht auf die Anschauungen der Kreise nehmen, denen die Angeklagten angehören und auf die militärische Stellung des Herrn von Kiederlen. Es seien also besondere Verhältnisse, unter deren Druck die Angeklagten gehandelt haben. Das Uebergewicht der Schuld liege auf Seiten des Angeklagten Polstorff, der durch die Provocation die Veranlassung zum Zweikampf gegeben. Die Schwere der Verwundung könne einen erschwerenden Umstand für den Angeklagten von Kiederlen nicht abgeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen v. Kiederlen vier Monate, gegen Polstorff sechs Monate Festungshaft. — Angeklagter Polstorff verwahrte sich dagegen, daß durch sein Verhalten eine höhere Strafe gegen ihn gerechtfertigt erscheine. Die Angriffe des „Kladderadatsch“ gegen Herrn v. K. seien erst nach reiflicher Ueberlegung und auf Grund unantastbaren Materials unternommen. Die Regierung hätte sich entscheiden müssen, gegen den „Kladderadatsch“ das Strafverfahren zu veranlassen, auf die Gefahr hin, daß alle Behauptungen des Blattes voll erwiesen würden. Daß habe die Regierung aus ganz bestimmten Gründen unterlassen und so habe er denn nicht umhin gekonnt, sich Herrn v. Kiederlen zu stellen, obgleich durch solche Schieberei in der Sache absolut Nichts bewiesen werden konnte. — Herr von Kiederlen bestritt entschieden, daß für die beleidigenden Behauptungen auch nur ein Schimmer von Beweis hätte erbracht werden können. Seine vorgelegte Behörde habe den Klageweg nicht betreten, weil — nun weil es sich um Dinge handle, die sich nicht beweisen lassen. — Angekl. Polstorff: Wenn die Regierung, trotz der dringenden Aufforderungen des „Kladderadatsch“, ihn zu verlagern, nicht darauf einging, so sei damit der einzig mögliche Weg, die Angelegenheit in ordnungsmäßiger Weise zu erledigen, abgeschnitten gewesen. Die Behauptungen des Blattes stützen sich nicht bloß auf Altematerial, sondern auf Aussagen so und so viel lebendiger Männer. — Der Gerichtshof ging, wie Direktor Rendhoff in der Urtheilsbegründung hervorhob, von den Anschauungen aus, die in den Kreisen, welchen die Angeklagten angehören, bezüglich der Erledigung von Ehrenhändeln nun einmal herrschen. Er erwog ferner, daß Herr v. Kiederlen schwer beleidigt worden war. Der Gerichtshof hat angenommen, daß die Angriffe gegen v. K. nach bestem Wissen erhoben, aber unberechtigt waren, er hat deshalb die Strafen gegen beide Theile gleich hoch, nämlich auf vier Monate Festungshaft bemessen. Die Schwere der beim Zweikampf gestellten Bedingungen rechtfertigt eine Ueberschreitung des niedrigsten Strafmaßes. Beide Angeklagten erklärten, auf ein Rechtsmittel zu verzichten.

In der Verhandlung sind manche Einzelheiten auch für die Sozialdemokratie interessant; so die allerdings ja vielfach übliche Rücksicht des Staatsanwalts auf die Kreise, in denen es nun einmal üblich ist, „Ehrenhändeln“ durch Kaufhändeln zu begleichen. Unseres Wissens ist z. B. noch in keinem einzigen Fall in einem Majestätsbeleidigungs-Prozess Rücksicht auf die Kreise genommen worden, in denen es nun einmal üblich ist, seine Gedanken hinter dem giftigen Phrasenschwall des Byzantinismus zu verbergen. Auch die von Herrn Kiederlen nach ins Feld geführte Behauptung, daß die Regierung deshalb keinen Anklage-Antrag gestellt habe, weil es sich um Dinge handle, die sich nicht beweisen lassen, ist aller Anerkennung werth; diese Maxime würde bei ihrer Verallgemeinerung einen erheblichen Schritt vorwärts auf dem engen, steinigten Pfade unserer sogenannten Pressefreiheit bedeuten.

Zwei Affären, welche sich auf dem Rixdorfer Bahnhof abgepielt haben, beschäftigten dieser Tage das Rixdorfer Schöffengericht. Im ersten Fall waren angeklagt der Bauarbeiter Karl Albert Otto Malchow wegen öffentlicher Beleidigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung und Verübung groben Unfugs, und der Streckenarbeiter Gustav Emil Julius Schulz wegen gefährlicher Körperverletzung. Am 5. Februar d. J. kam der Angeklagte Malchow mit mehreren Kollegen Abends auf dem Rixdorfer Bahnhof an. An der Kontrolle zeigte er seine Wochenkarte vor, wurde jedoch angehalten, da der Fahrkartenschaffner Fiebig sich von der Gültigkeit derselben überzeugen wollte. Malchow, der darüber ärgerlich war, daß ihn Fiebig am Neck zurückgerannt hatte, weigerte sich, die Karte noch einmal zu zeigen und als der Stationsassistent Hogan darauftrat und die Karte verlangte, zerriff Malchow dieselbe und warf sie dem Beamten zu Füßen. Daraufhin wurde Malchow aufgefordert, behufs Feststellung seiner Personalien nach dem Stationsbureau zu kommen. Dort angelangt, wollte man ihn, wie der Angeklagte behauptet, in ein dunkles Zimmer schleppen, nach seiner Meinung, um ihn dort zu mißhandeln. Malchow wehrte sich daher und schrie um Hilfe, was die vor dem Bureau angeammelte Menge veranlaßte, aufzufallen, die ein Eindringen „Unbefugter“ verhinderten. Nach seinen Angaben ist Malchow nun im Bureau von verschiedenen Personen mißhandelt worden, so daß er in seiner Angst aus einem Fenster, dessen Scheibe er vorher vornehmlich zer-

